

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 M., monatl. 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1500.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Mittwoch, den 7. Juli 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Der Achtstundenkampf im englischen Maschinenbaugewerbe.

London, den 8. Juli.
 Heute Mittag werden die Arbeiter von fünf großen Werkplätzen der Londoner Maschinenbau-Industrie in Ausstand treten, um die Leiter dieser Anstalten zu bewegen, ihnen den achtstündigen Arbeitstag unter Beibehaltung des bisherigen Lohnsatzes — in London 88 Schillinge pro Woche — zu bewilligen.
 Damit wird die bisher friedlich geführte Bewegung für den achtstündigen Arbeitstag in einen gewerblichen Kampf verwandelt. Mehr noch, bisher auf London und die benachbarten Distrikte beschränkt, wird sie zu einer nationalen Angelegenheit. Wie der Telegraph wohl schon gemeldet haben wird, haben die Vertreter der großen nationalen Unternehmer-Verbände der Maschinenbau-Industrie auf ihrer am 1. Juli in Manchester abgehaltenen Konferenz jetzt wirklich beschlossen, jeden von Mitgliedern gewerkschaftlicher Verbände in dieser Sache unternommenen Streik gegen Verbandsfirmen damit zu beantworten, daß im ganzen Gebiete der Verbände je 25 pCt. der Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft gekündigt wird. In Gewerkschaftskreisen wird dagegen geplant, auf jede solche partielle Kündigung sofort mit dem Generalausstand zu antworten. Ist darüber auch noch nicht allseitig und endgültig entschieden, so steht doch schon soviel fest, daß der heute in London begonnene Ausstand einen großen nationalen Arbeitsausfluß einleitet, der leicht hunderttausende von Arbeitern in Mitleidenschaft ziehen kann.
 Welche Tragweite dieser Arbeitsausfluß haben kann, lassen die Zahlen der beteiligten Organisationsgruppen deutlich erkennen.
 Die heutige Londoner Achtstunden-Bewegung ist eingeleitet worden von den Londoner Zweigsektionen von sechs nationalen Gewerkschaftsverbänden und einem lokalen Fachverein. Diese weisen folgende Zahlen auf:

Gewerkschaft	Zahl der Gesamtmitglieder am 1. Sept. 1896	Zahl der Mitglieder Anfang Mai 1897
1. Vereinigten Maschinenbauer	83 980	10 000
2. Kesselfabrikanten und Eisenbahnbauer	89 800	2 700
3. Dampfmaschinenbauer	7 700	800
4. Schmiede und Hämmere	879	800
5. Kupferschmiede	?	800
6. Maschinenbau-Arbeiter	2 750	100
7. Londoner Bohrer	500	500

Die Zahlen der ersten Rubrik sind dem Protokoll des Edinburgher Gewerkschaftskongresses entnommen. Seitdem dies angefertigt worden, ist die Zahl der Mitglieder des Gewerkschafts der vereinigten Maschinenbauer um über 8000 gestiegen. Sie betrug am 1. Juni 91 828 und wird jetzt zwischen 92 000 und 93 000 stehen. Eine gleich beträchtliche Steigerung ist bei den anderen Vereinen nicht anzunehmen, aber auch sie haben sich unzweifelhaft gehoben, so daß man die Gesamtmitgliedszahl der angeführten Organisationen auf rund 150 000 veranschlagen kann, zehnmal so viel als nach den Zahlen der zweiten Rubrik Mitglieder auf London und Umkreis entfallen. Die Zahlen dieser Rubrik sind dem Monatsbericht des Sekretärs der Vereinigten Maschinenbauer entnommen, wobei bemerkt werden muß, daß sich seit derselbe erschienen, noch drei Fachvereine der Bewegung angeschlossen haben, nämlich die Vereine der Fein-Mechaniker, der Fein-Meißingarbeiter und der Werkzeugmacher, über deren Mitgliederzahl nähere Angaben fehlen.
 Die der Bewegung entgegenstehenden Unternehmerverbände sind:

1. der Verband der Maschinenbau-Unternehmer,
2. der Verband der Schiffbau-Unternehmer,
3. der Verband der Eisenindustriellen.

Es wird als feststehend erklärt, daß die in diesen Verbänden organisierten Unternehmer direkt nicht weniger als 200 000 Arbeiter beschäftigen. Das wären noch mehr, als die obigen Gewerkschaften repräsentieren. Es ist aber zu bemerken, daß diese Gewerkschaften bei weitem nicht alle Arbeiter der Geschäfte umfassen, in denen sie vertreten sind. Auf je 100 Gewerkschaftler kommen da immer mindestens 100 Arbeiter, die entweder gar keiner Organisation oder solchen Vereinen angehören, die sich, wie der Verein der Modellmacher, der Bewegung nicht angeschlossen haben. Mit anderen Worten, so groß wie die Unternehmerverbände sind, repräsentieren sie doch nur einen Teil der Geschäfte, um die es sich bei der Bewegung handelt.

Darauf stützt sich der Operationsplan der Arbeiter, vor allem der höchsten Mitglieder der Gewerkschaft der vereinigten Maschinenbauer, deren Londoner Vertretung, wie ich schon früher mitteilte, die Seele dieser Bewegung ist. Die Leiter des Vereins berechnen, daß im äußersten Falle etwa 45 000 seiner Mitglieder außer Arbeit kommen würden, so daß 47 000 Mitglieder blieben, deren Extraktoren den Verein in die Lage setzen würden, auf Wochen und gegebenenfalls Monate hinaus Streikunterstützung zu zahlen, ohne die Fonds des Vereins zu erschöpfen. Die bloße Möglichkeit eines sich so lange hinziehenden Ausstandes werde aber genügen, viele Unternehmer im entscheidenden Moment vom Rücktritt vom Verband bezw. zur Absage gegen dessen Kampfpolitik zu veranlassen. Die Interessen der Unternehmer seien nach Lokalität und Spezialität viel zu verschiedenartig, um eine einheitliche Politik zu ermöglichen.

Der Verlauf der Bewegung in London, wo bis zur Stunde 152 Firmen mit zusammen 12 000 Arbeitern den Achtstundentag bewilligt haben, spricht im ganzen für diese Annahme. Es darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß es doch Faktoren giebt, die gegen sie sprechen.

Es bleibt dahingestellt, ob man allen Unternehmern glauben darf, die erklären, daß, nachdem sie erst im Winter Lohnrückgaben haben eintreten lassen, sie bei den heutigen Weltmarktpreisen absolut außer Stande seien, die auf eine Lohnrückbildung um 12 1/2 pCt. auszuführende Forderung zu bewilligen. Von einer Anzahl Firmen scheint es festzustehen, daß sie bereit sind, eher ihre Werkstätten zu schließen als nachzugeben. Wichtiger ist, daß auch die Interessen der in Frage kommenden Gewerkschaften nicht gleichartige und daher Spaltungen in den Reihen der Arbeiter nicht ausgeschlossen sind. So hat z. B. die Zentralleitung des großen Gewerkschafts der Kessel- und Eisenbahnbauer erklärt, daß wenn ihre Londoner Mitglieder in Ausstand treten wollten, sie dies auf eigene Verantwortung tun müßten, der Gesamtverein könne sich nicht mit ihrer Politik

solidarisch machen und sie daher nicht unterstützen. Eine ähnliche Erklärung von Seiten des Vereins der Dampfmaschinenbauer ist nicht unwahrscheinlich. Diese beiden Organisationen würden nämlich von einem Generalstreik sehr viel stärker in Anspruch genommen werden wie der Verein der Maschinenbauer. Sie sind sehr viel mehr als dieser auf bestimmte Lokalitäten und Geschäfte beschränkt und hätten statt 50 vielleicht 90 pCt. Ausständige. Was das für einen Unterschied macht, ist leicht auszumalen. Auch scheint es, daß die Union der Dampfmaschinenbauer, eine der ältesten englischen Gewerkschaften, einen größeren Durchschnitt älterer und verheirateter Mitglieder zählt wie der Verein der Maschinenbauer, was natürlich auf die Politik zurückwirkt. Sie, wie der Verein der Kesselfabrikanten sind hauptsächlich im Norden vertreten, wo sie an einzelnen Orten dem Verein der Maschinenbauer das Gewicht halten. Wenn dort die Stimmung nicht so stark ist, ihre Mitglieder schließlich doch mit fortzureißen, so würde ein Generalstreik des letztgenannten Vereins eine ziemlich Anzahl von Geschäften nicht so stark treffen, um sie vor die Nothwendigkeit zu stellen, zu schließen oder nachzugeben. Denn schließlich giebt es doch noch immer eine große Anzahl von Nichtgewerkschaftlern, die es den Fabrikanten alsdann erleichterten, den Betrieb in ermäßigtem Umfange fortzusetzen.

Dies die wichtigsten Momente, die als Gegenkräfte gegen das Unternehmen der kämpfenden Arbeiter in Betracht kommen. Der Kampf ist also keineswegs ein ganz gefahrloser. Es stehen ihm große Hindernisse im Wege. An sich ist die Forderung des Achtstundentages gewiß unter den Arbeitern populär, aber über die Methode zu seiner Erreichung gehen die Meinungen noch weit auseinander. Es giebt z. B. viele Arbeiter, die da meinen, es sollte erst einmal im ganzen Lande gründlich mit dem System der Ueberzeitarbeit ausgeräumt werden, ehe man an die Erlämpfung des Achtstundentages gehe. Mit der Ueberzeitarbeit sei derselbe doch nur eine große Täuschung.

Angesichts all dieser Schwierigkeiten ist das Londoner Achtstunden-Komitee nach wie vor sorgsam darauf bedacht, sich die Sympathie der breiten Masse der Arbeiter zu erhalten und die des großen Publikums wenigstens nicht ohne Noth zu verlieren. In seinen Aufrufen spricht es mit Anerkennung von der „Hochherzigkeit“ derjenigen Unternehmer, die den Achtstundentag bewilligt haben, und bleibt es in seiner Kennzeichnung des Vorgehens der verächtlichen Unternehmer streng innerhalb der Grenzen sachlicher Bekämpfung.

Die Unternehmer in diesem Distrikt, schreibt es in einem soeben versandten Aufruf an alle Gewerkschaften des vereinigten Königreichs, sind von Deputirten persönlich aufgesucht worden, und in vielen Fällen ist auf brüderlichem Wege unterhandelt worden. Dieses Verfahren ist so erfolgreich gewesen, daß bis zum 1. Juli nicht weniger als 152 Firmen in diesem Distrikt den Achtstundentag bewilligt haben.

Aber die als Verband der Maschinenbau-Unternehmer und Schiffbau-Unternehmer bekannten Unternehmer des Nordens sind gemeinsam mit dem Verband der Eisenindustriellen über diese friedfertige Methode der Zugewandtheit und der hochherzigen Handlungsweise Londoner Unternehmer gegen Londoner Arbeiter in große Unruhe gerathen und haben diejenigen, die die Forderung nicht bewilligt haben, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln der Ueberredung, der Schmeichelei und des Zwanges zu bewegen gesucht, ihrem Verband beizutreten, indem sie ihnen jede mögliche finanzielle und sonstige Unterstützung versprochen, wenn sie nur sich mühen wollten, den von den Londoner Arbeitern gemachten Fortschritten Einhalt zu thun.

Wir brauchen den Grund dieser plötzlichen Interessenahme der Unternehmer des Nordens für ihre Konkurrenten im Süden und deren Arbeiter nicht weit zu suchen, denn es liegt auf der Hand, daß der einzige Grund zur Einmischung die Furcht ist, wenn es diesen Londoner Arbeitern gelingen, diese ernsthaft erprobte und populäre Reform — den Achtstundentag — auf friedlichem Wege zu erreichen, ihre eigenen Arbeiter nicht lange warten würden, dasselbe zu verlangen.

Es mag angenehm sein festzustellen, daß der Erfolg der Arbeiter bisher kein phänomenaler ist. Aber indem wir auch die Sachlage klar auseinandersehen, müssen wir doch bemerken, daß sie (die Arbeiter) es fertig gebracht haben, einige der weniger gutwilligen Prinzipale dieses Distrikts zu sich herüberzuziehen, Prinzipale, die nie als hochherzig gegen ihre Arbeiter galten und sicher nie mehr gezahlt haben als die Minimallohnsätze unserer Gewerkschaft. Hier folgt die Schilderung, wie die Masse der Londoner Prinzipale durch die Weigerung, Ueberzeitarbeit zu arbeiten, weich gemacht wurden, und wie das Komitee dann schließlich dazu überging, bei drei der widerspännischen Firmen die Arbeit ganz laubigen zu lassen, wodurch die Unternehmerverbände jetzt mit Gegenkündigungen drohen. Dann schließt der Brief:

„Gewerkschaftskollegen! Wir haben Euch unsere Situation geschildert, wie sie heute liegt, in der sicheren Hoffnung, daß wir Eure volle Sympathie und Unterstützung auf unserer Seite haben, wenn wir diese wünschenswerthe Reform, die unter allen Umständen durchzuführen der feste Entschluß dieses Komitees ist, zu erfolgreichem Ausgang bringen.“

Wir hoffen, daß die verbündeten Unternehmer dadurch, daß sie das Gebiet des Kampfes erweitern, den allgemeinen Achtstundentag im ganzen vereinigten Königreich herbeiführen.“

Möchte es so sein. Aber vorläufig wird es noch harte Kämpfe geben. Von den Schiffbauern am Clyde (Glasgow und District) haben sich gestern 29 durch Unterschrift für den Beschluß der verbündeten Unternehmer erklärt. Rehnliches ist am Tyne und Tees (Durham, Northumberland, Cleveland), in Lancashire und anderen Orten sicher. Es hängt also sehr viel davon ab, wie sich die vorerwähnten zwei Arbeiterorganisationen erklären, die nächst dem Verein der Maschinenbauer die größte Mitgliederzahl in der Eisenindustrie haben. Schließen sie sich an, so bleibt der Kampf im wesentlichen lokal und sektionell und wird die internationale Situation nicht sonderlich beeinflussen. Noch weniger wird dies der Fall sein, wenn, was immerhin möglich ist, die Mehrzahl der Provinzsektionen des Maschinenbauvereins gegen die Londoner Stellung nimmt. Schließen sie sich ihr aber an und treten

die beiden anderen Vereine der Bewegung als Körperschaft bei, so würde der Kampf hier zu einer Stockung der Industrie führen, die in der einen oder anderen Weise auf das Festland zurückwirken müßte. Der Hochsommer ist aus verschiedenen Gründen für Arbeiter die günstigste Zeit des Ausstandes, an eine baldige Beendigung durch den Zwang der äußersten Noth ist da nicht zu denken. Die Gewerkschaftsklassen sind gefaßt und gerade von den hier in Betracht kommenden Arbeitern haben eine nicht geringe Zahl noch andere Zahlungsquellen. Aber der Kampf würde noch weitere Kreise der Arbeiterwelt in Mitleidenschaft ziehen, von denen dies nicht gilt. Dies und die Furcht, daß die englische Industrie durch Verluste von Aufträgen und Kundschäften schwere Schäden erleiden könnte, lassen schon jetzt Ruhe nach einem Kompromiß laut werden. Bevor sich jedoch die beiden Heere nicht gemessen, haben sie wenig Aussicht gebort zu werden. Später mag es vielleicht zu einem Kompromiß kommen. Denn die Gewerkschaften haben neben ihren rein ökonomischen noch verschiedene, sehr wirksame soziale und politische Machtmittel zur Verfügung, wie z. B. den Einfluß auf Behörden als Antraggeber, den Einfluß auf einen großen Theil der Presse und der religiösen Körperschaften zc., daß eine totale Niederlage wenig wahrscheinlich ist. Ohne irgend ein Zugeständniß würden sie kaum aus dem Kampf hervorgehen.

Al dies verleiht demselben eine Bedeutung, die ihn der größten Beachtung seitens der festländischen Arbeiter werth erscheinen läßt.

Nachschrift. Soeben, abends, erfahre ich noch, daß der Vorstand der Gewerkschaft der Vereinigten Maschinenbauer in heutiger Sitzung endgültig beschlossen hat, den partiellen Arbeitsausfluß mit dem Generalausstand zu beantworten, und den Sektionsvorständen in der Provinz Weisung hat zugeben lassen, dafür Sorge zu tragen, daß, sobald die Prinzipale ihre Drohung ausführen und den vierten Theil der Mitglieder des Vereins kündigen, die anderen drei Viertel sofort ihrerseits die Arbeit auskündigen.

Andererseits hat der Vorstand der Gewerkschaft der Kesselfabrikanten und Eisenbahnbauer den Vorstand der Vereinigten Unternehmer offiziell Mittheilung gemacht, daß seine Gewerkschaft beschlossen hat, den Londoner Ausstand nicht zu unterstützen, was die Unternehmer veranlassen wird, die Kündigungen nicht auf Mitglieder derselben auszuheften. Es bleibt aber abzuwarten, ob die Mitglieder der Gewerkschaft den Beschluß der Leitung überall ratifizieren.

Wir fügen der Darstellung unseres Korrespondenten folgendes Wolffsche Telegramm vom 6. Juli an:

Seitens der Werkführer wurde heute 25 pCt. der in den Maschinenbauwerkstätten am Clyde beschäftigten Arbeitern auf den nächsten Dienstag gekündigt. Es werden von dieser Maßregel ungefähr 6000 Mann betroffen. Rehnliche Kündigungen von 25 pCt. der Arbeiter sind seitens der Vereinigungen der Arbeitgeber von Hartlepool und Sunderland, von Greenock, Newcastle, Manchester und anderen Industrie-Zentren angebrochen. Man erwartet, daß in jedem einzelnen Fall auch die übrigen 75 pCt. der Arbeiter nach Ablauf der Woche die Arbeit niederlegen werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, 6. Juli.

Wider das gegen England ist dem preussischen Junker ebenso in die Seele eingewurzelt wie brünstige Liebe zu Rußland, und beide Gefühle, die organisch zusammengehören, bilden eigentlich nur eins — sind beide der Anknüpfung der rückwärtigen, urreaktionären Gesinnung, die den preussischen Junker auszeichnet und ihn in dem halbbarbarischen Mittelalter die Idealszeit erblicken läßt, in welche Deutschland zurückgedrängt werden soll. Das russische Kaiserreich ist diesem Ideal am nächsten; das durch und durch bürgerlich-moderne England steht von allen Staaten der Welt im schroffsten Widerspruch zu ihm.

Wir hatten wiederholt Gelegenheit, auf die Heereien unserer Reaktionen gegen alles was englisch ist, hinzuweisen. Nach dem Sturze Bismarck's gab es eine kleine Pause. Als Caprivi den Junkern erlegen war, ging das Geheze von neuem los, und jetzt, wo die Junker das Ziel ihrer Wünsche erreicht zu haben glauben, wird es mit verdoppelter Eifer betrieben.

Und leider nicht bloß in den Zeitungen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, sind auch die offiziellen Beziehungen zwischen Deutschland und England durch den Einfluß unserer Junker ernstlich getrübt worden.

Daß der deutsche Kaiser nicht zu dem Jubiläum seiner Großmutter nach London ging, ließ sich aus rein persönlichen Stimmungen erklären. Der deutsche Kaiser — das läßt sich nun einmal nicht leugnen — wird in England sehr ungünstig beurtheilt, und wenn das auch bloß seiner Person gilt und politisch ohne jegliche Bedeutung ist, so erklärt es doch zur genüge, daß der deutsche Kaiser keine sonderliche Lust hatte, England zu besuchen.

Jetzt erfahren wir nun aber, daß es sich um mehr handelt, als wie persönliche Stimmungen oder Verstimmungen. Wir erfahren, daß der deutsche Botschafter in London sich von den meisten offiziellen Festen der Jubiläumswoche auffällig fern gehalten hat. Und das geht unzweifelhaft über das Gebiet des Persönlichen hinaus. Dies erklärt sich nur aus Differenzen zwischen den Regierungen beider Länder. Worin bestehen diese? Die Episode des Kräger-Telegramms ist längst vergessen, und die Komödie der südafrikanischen Enquete hat politisch nur geringe Bedeutung. Wenn wir uns nicht sehr täuschen, liegt der Grund der Erkaltung in dem Verhältniß der deutschen Reichsregierung zu Rußland, und zwar speziell darin, daß die deutsche Regierung ihrem zweiten Dreibund gemäß mit sehr großem Eifer die russische Politik in Asien gegen England und

*) Was der Engländer „Engineer“ nennt, umfaßt nicht nur bestimmte Arbeitszweige des Maschinenbaus, sondern Mechaniker aller Art.

Japan unterstützt. An der Thatsache ist kein Zweifel. Was in dieser Hinsicht von unterrichteten Engländern positiv behauptet wird, findet in der Haltung der deutschen Regierung seine vollste Bestätigung. Und wenn wir bedenken, daß in Asien sich offenbar Ereignisse von entscheidender Tragweite vorbereiten, Ereignisse, welche die Gefahr eines Weltkrieges nahe rücken, dann sehen wir auch, daß es für das deutsche Volk von höchstem Interesse ist, über die Beziehungen der Reichsregierung zu England volle Klarheit zu haben.

Das Festhalten Deutschlands an Rußland, wenn dieses in Konflikt mit England kommt, würde mit fast absoluter Gewissheit die Lösung Frankreichs von Rußland und die Allianz Frankreichs mit England zur Folge haben, und Deutschland hätte als Mittel des Fars für die russische Kräfte und den chinesischen Hof zu kämpfen.

Das ist eine Rolle, zu der das deutsche Volk sich nimmermehr hergeben darf. Und die Gefahr, daß diese Rolle uns zugemutet wird, rückt in unheimliche Nähe.

Ein Post-Programm. „Post“ und „Kreuz-Zeitung“ entwicken eine ganze Liste von Vorschlägen zur „Reform“ des Postwesens. Die „Reform“ soll darin bestehen, daß die Post „rentabler“ gemacht werden soll, daß sie mehr Ueberschüsse für den armen, viel Geld benötigenden Staat bringen soll. Und nicht nur die Post soll Ueberschüsse bringen, sondern durch Ueberlastung der Post soll auch die Eisenbahn einträglicher werden. Es soll die Vergünstigung, welche die Post bei der Beförderung der Brief- und Päcksendungen durch die Eisenbahn erfährt, aufgehoben werden. Zum Ausgleich dafür soll der Posttarif verteuert, die Gebühren für Geldbesuchen und Telefongespräche erhöht, die 50 Pf. Päcksendungen ebenfalls verteuert und endlich am Beamtenpersonal gespart werden.

Ein heiteres Programm, das da die Meister aller reaktionären Künste an die Adresse des neuen Generalpostmeisters richten! Hoffen sie, daß der Czaroffizier in hohem Maße alles das niederreißt, was Stephan mit vorwärts gerichteter Geist aufgebaut hat?

Daß die Männer der „Post“ und „Kreuz-Zeitung“ solches dem Herrn v. Poddiecki auch nur zutrauen, erscheint sehr charakteristisch. Die Leute kennen den neuen Postbesitzer, er ist ihr Parteifreund und Geistesverwandter.

Das wäre ja noch eine besondere Bescherung zu all dem anderen reaktionären Spul, der heuer drohend aufsteigt, wenn auch „das Zeitalter des Verkehrs“ umgekehrt werden sollte, wenn statt Fortentwicklung des Verkehrs Erschwerung und Unterbindung die Parole der Postverwaltung sein sollte, wenn statt der so notwendigen Verbesserung der sozialen Lage der Postfänger Ersparnisse an Personal und Kosten herausgeschunden werden sollten! Wenn Herr v. Poddiecki solchen Mitt zu reiten versuchen wollte, so möge er sich nur hüten, daß nicht Kopf und Weiler bald mit zerbrochenen Gliedern im Graben liegen. Denn solche Mißwärtserien erträgt selbst das dicke Blut des deutschen Spießbürgers nicht!

Des Reichskanzlers Palais auf der Brienerstraße in München wird von geschäftigen Händen in stand gesetzt, anscheinend zu dauernder Benutzung. Auch des Kanzlers Sohn sieht sich nach einem Heim in München um.

Fürst Hohenlohe's Namen steht unter dem Gesetz, welches den bayerischen Militär-Strafprozess regelt. Fürst Hohenlohe hat versprochen, daß er den Militär-Strafprozess für das Reich im Sinne moderner Rechtsanschauungen durchzuführen wolle.

Aber bisher konnte er sein Versprechen noch immer nicht halten. Und jetzt wird sicher, daß wiederum das Militärcabinet des Kaisers den Hohenlohe'schen Anschauungen in dieser Frage abgeneigt ist und hindern in den Weg tritt.

Wird der Kanzler hieran Schiffbruch leiden? Will er sich „einen guten Abgang“ sichern?

Leopold von Belgien, der Koburger, der bei „seinem Volke“ schon lange Einfluß und Ansehen verschert hat, sucht im Auslande seinen Leumund wiederherzustellen. Während die belgischen Zeitungen mit ihm ihr lustiges Spiel treiben, will er im Nachbarlande ernst genommen werden, und diejenigen, welche dem gekrönten Kongogründer diesen Gefallen nicht thun wollen, zieht er vor das Richtertribunal. Er hat gegen die Redakteure zweier sozialdemokratischer Blätter Strafantrag gestellt. In Hamburg ist der Prozess noch nicht entschieden. Aus Schweden wird telegraphirt, daß unser Parteigenosse Feldmann, Redakteur des „Proletarier aus dem Culengebirge“ heute zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt worden ist wegen Leopold-Belaidigung. Die beantragte Beweiserhebung wurde abgelehnt. Wir werden, sobald uns nähere Details des Prozesses vorliegen, darauf zurückkommen.

Aus Indien lauten die Nachrichten noch immer bedrohlich. Nach einer Heuter'schen Depesche aus Kalkutta ist die Lage fortwährend unruhig, und sollen bei den Zusammenstößen in Lschitpur und Purnah 600 Menschen das Leben verloren haben.

Während die englischen Blätter zwar den Ernst der Situation zugeben aber jede Möglichkeit eines Aufstands im großen Stile bestreiten, malen die russischen Blätter die Dinge grau in grau. Die „Noroje Wremja“ meint zwar, daß England heute „zehmal so viel Macht in Indien“ hat, als 1857, aber sie hält doch einen allgemeinen Aufstand für nicht unwahrscheinlich. Und das ist so ziemlich das Urtheil aller russischen Blätter, bei denen der Wunsch zweifellos Vater des Gedankens ist. Wenn man nun bedenkt, daß die russische Presse von der Regierung ganz direkt abhängig ist und daß die russische Regierung seit Jahrzehnten daran arbeitet, die Nachstellung der Engländer in Indien zu untergraben, so erkennt man in diesen Zeitungskartellen das gegenwärtige Ziel der russischen Politik.

Die Vorkämpfer in Konstantinopel waren einmal mehr zusammen. Ein Resultat ist nicht erzielt. Dafür gab es an mehreren Stellen kriegerische Erscheinungen und Unruhen.

Die „Times“ erfahren aus Athen vom 4. d. M., nach Meldungen aus Aeta fahren die Larzen fort, ihre Truppen an der Grenze entlang und in der Nähe des Golfes von Ambrakia zu verfahren; bei Zymaret und anderen Aeta beherrschenden Punkten seien schwere Geschütze aufgestellt. Nach einer Meldung desselben Blattes aus Athen vom 5. d. M. richtete die griechische Regierung an die Gesandten der fremden Mächte eine Note betreffs der angeblichen Ausschreitungen der Larzen in Epirus.

Aus Athen meldet die „Agence Havas“: Bei einem heftigen Zusammenstoß, welcher gestern im Piräus zwischen bestimmten russischen Matrosen und Einwohnern stattfand, erlitt der russische Offizier von Melissoff, ein Sohn des Votschastfers, bei dem Versuch, den Streit zu schlichten, ziemlich schwere Verletzungen. Die türkischen Truppen haben nach einer Salvägerei mit den Einwohnern Kolambaka, im Norden von Thessalon, beschl.

Deutsches Reich.

— Ich habe die Geschäfte des Staatssekretärs des Reichs-Postamts übernommen. v. Poddiecki. — Mit dieser Amtübernahme ist die Amtsübernahme des Reichs-Postamts — dessen Nr. 42 nichts weiter enthält als diese Amtübernahme — führt sich der neue Postherr bei seiner Beamtenhaft ein. Ob diese von einer solchen Einführung sehr erbaudt sein wird? Höchst bündig ist sie, höchst militärisch.

— Die Meldung, daß Unterstaatssekretär Fischer einen halbjährlichen Urlaub genommen habe, wird widerlegt. Nach soll es nicht richtig sein, daß Dr. Fischer sein Amt aufgeben will. Man hat ihm von offiziöser Seite höchst Honig auf den Mund geschmiert, und auch die für seinen neuen Chef nicht gerade schmeichelhafte Vorstellung scheint eine Rolle gespielt zu haben, daß Fischer regieren, Poddiecki repräsentieren würde.

— Die Verhandlungen zwischen den Bäckern und Agrarern sollen wieder aufgenommen werden. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat an die Delegirten des Vereins Berliner Getreide- und Producentenhandels Einladungen ergehen lassen, am Sonnabend dieser Woche 11 Uhr im Provinzial-Landtag zu erscheinen, um die seiner Zeit so häufig unterbrochenen Verhandlungen fortzusetzen.

Auf diese Aufforderung hin hat der genannte Vorstand heute beschloffen, auch seinerseits wieder in die Verhandlungen einzutreten. Jedoch wurden die für die Berathung delegirten Herren strikte beauftragt, prinzipiell von dem bisher eingenommenen Standpunkt in keiner Weise abzuweichen. Die Delegirten werden demnach, so lautet der gefasste Beschluß, daran festhalten, daß der Vorstand der Producenten ausschließlich aus der freien Wahl der Mitglieder des Producentenmarktes hervorzugehen hat, wobei es freilich nicht ausgeschlossen ist, daß auch Landwirthe, aber nur insofern sie der Incorporation der Berliner Producentenhandels angehören, durch das Vertrauen ihrer Kollegen in den Vorstand der Berliner Producentenhandels gewählt werden können. Es wurde weiter betont, daß die Frage der Zusammenfassung des Bäckervorstandes allein eine Garantie für einen Wiederaufbau der Bäckerei nicht gewähren würde. Ein Ausgleich wird nur dann als erzielt zu betrachten sein, wenn gleichzeitig Garantien geschaffen werden, die dem Bäckereihandels eine ungehinderte Entfaltung seiner legitimen geschäftlichen Thätigkeit bleibend ermöglichen.

— Die Privilegien der Apotheken. Im neuesten Jahrgang des „Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich“ werden, wie die „Frankf. Ztg.“ anführt, die Ziffern der Ärzte und Apotheken für die Jahre 1887 und 1896 mit einander verglichen im Verhältnis zum Flächeninhalt und zur Bevölkerung des Reiches. Am Beginn und Endpunkt dieses zehnjährigen Zeitraumes entfielen auf einen Arzt je 84,18 bzw. 82,80 Quadratkilometer, ihre Zahl hat sich also im Verhältnis zum Flächenraum sehr beträchtlich vermehrt. Dagegen kamen auf eine Apotheke in der gleichen Periode 115,51 bzw. 103,92 Quadratkilometer, deren Zunahme war also eine geringere, trotz der an sich kleineren Zahl. Allein viel schlimmer verhält es sich mit dem Vergleich zur Einwohnerzahl. Auf einen Arzt entfielen im Jahre 1887 je 2981, dagegen im Jahre 1896 nur je 2187 Einwohner, auf eine Apotheke aber je 10 012 bzw. 10 082. Danach hat die Zahl der Ärzte relativ zugenommen, während im Verhältnis zur Bevölkerung die Apotheken abgenommen haben. Schon daraus ist zu entnehmen, wie das herrschende Monopolisierungs-system unfähig ist, dem natürlichen Anwachsen der Bevölkerung zu folgen, wobei zu bemerken ist, daß die gesammte Arbeiterbevölkerung, insbesondere das Krankenkassen-Gesetz, den Apotheken eine Kundehaft zugeführt hat, die früher nicht entfiel in dem Maße vorhanden war, verordneten doch die Krankenkassen im Jahre 1895 nicht für weniger als 18,1 Millionen Mark Arzneien! Die Bewegung der Zahl der Apotheken ist keine gleichmäßige. In Preußen entfielen innerhalb der betrachteten Periode auf eine Apotheke je 11 184 beziehungsweise 10 917 Einwohner, es ist also immerhin eine leichte Zunahme der Apotheken zu konstatiren. In Berlin ist das Verhältnis der Einwohnerzahl zu den Apotheken sogar von 18 845 auf 11 085 gesunken. Allein die Westprovinzen weisen eine Abnahme auf. Ebenso fast alle anderen deutschen Bundesstaaten, an deren Spitze Neuss ältere Pinte marschirt, woselbst nicht weniger als 16 897 Einwohner auf eine Apotheke kommen, auch in Hamburg sind es noch 12 171 und wuchs deren Zahl um fast 9000 an. Wenn wir nun erfahren, daß in der letzten Zeit alljährlich gegen 600 Apotheker approbirt wurden, während die Vermehrung der Apotheken etwa je 60 betrug, wird das Reformbedürfnis um so einleuchtender.

Doch für solche bringenden Reformen hat man bei uns keine Zeit; auf ein Knebelgesetz verwendet man dagegen gut und gerne ganze Monate.

— Frömmigkeit auf Kommando. Die „Frankfurter Zeitung“ theilt folgenden Münchener Erlaß mit:

„Fronleichnamprozession. München, 14. Juni 1897. Anzufolge höchster Ministerial-Entscheidung vom 11. Juni 1897 Nr. 5689 I wird hiermit bekannt gegeben, daß Seine Königliche Hoheit der Prinzregent der am 17. Juni l. J. stattfindenden Fronleichnamprozession Allerhöchste Selbts beiwohnen werden und zu bestimmten hierbei möglichst zahlreich erscheinen. Die Herren Beamten versammeln sich in Uniform früh 9 1/4 Uhr in der Metropolitankirche zu N. S. Frau. Das unterhabende Personal ist hiervon sofort mit dem Bemerkten zu verständigen, daß zahlreiche Theilnahme erwünscht wird. Die Uniformbesitzenden und sich nicht beteiligenden Herren haben dies umgehend unter Angabe des Grades anzugeben.“

So werden Beamte ähnlich wie die Soldaten zu religiösen Uebungen angehalten. Daß da von freiwilliger Religiosität und wirklicher Andacht nicht mehr die Rede sein kann, ist klar.

— Unzufriedenheit bei den Richtern. „Im allgemeinen“ so schreibt die „Köln. Ztg.“, herrscht in den richterlichen Kreisen eine tiefliegende Verstimmlung über ihre Nichtgleichstellung mit den entsprechenden Stellungen der Ressorts des Innern, der Eisenbahn- und Finanzverwaltung. Die Bevorzugung der letzteren äußert sich, abgesehen von dem höheren Höchsthalt und persönlichen Zulagen, auch darin, daß das im Richteramt erst nach 28 Jahren 11 Monaten erreichte Höchsthalt in den anderen Ressorts nur fast acht Jahre früher erreicht wird. Ist es wesentlich dank den von den Konservativen hinter den Konflikt wie im Abgeordnetenhaus beibehaltenen Bemühungen gelungen, den richterlichen Beruf in der Gehaltsfrage zurückzudrängen, so macht das einen gewissen Unmuth begreiflich.

Um wie viel mehr Grund zur Unzufriedenheit haben aber die unteren Gerichts- und sonstigen Staatsbeamten, sowie die Arbeiter im Staatsdienst. Doch für diese alle gab und giebt es im preussischen Landtag keinen energiegelassenen Fürsprecher.

— Das Sesam-Öl, welches nach den Ausführungsbestimmungen zum Margarinegesetz der Margarine zu mindestens einem Zehntel, dem Margarine-Räse zu mindestens einem Zwanzigstel der dabei verwandten Fette und Oele zugefügt werden muß, ist nicht ein bezüglich seiner gesundheitlichen Einwirkungen zweifelhafter fremder Zusatz, sondern ein Stoff, der in der Margarinefabrikation ohnehin bereits Verwendung findet. Ueberdies ist Sesam-Öl, das aus dem Samen des Sesamkrautes gepreßt wird, wohlgeschmeckt.

Der Nachweis, daß Sesam-Öl vorhanden ist, kann auch von Laien vorgenommen werden, da es beim Zusammenstreifen mit Kobaltzucker und Salzsäure oder Schwefelsäure eine rothe Färbung giebt. Kobaltzucker und Salzsäure sind leicht erhältlich. Unter diesen Umständen erscheint aber die Bestimmung des Gesetzes bezüglich der Trennung der Verkaufsräume, welche am 1. April 1898 in Kraft treten soll, als gänzlich überflüssig.

— Weißkisch. In Garzburg hat am letzten Sonntag eine Versammlung der Vertrauensmänner der (weißischen) Vaterländischen Vereinigungen stattgefunden, die beschloß, die braunschwelgischen Landtags-Abgeordneten zu ersuchen, die Thronfolge-Frage in Fluß zu bringen. Die Versammlung war von 114 Personen, darunter zahlreichen Beamten, besucht. Man nahm in Aussicht, später dem Landtage selbst eine Petition zu unterbreiten und ihn zu ersuchen, um Aufhebung des bekannten Bundesrats-Beschlusses bei der Landesregierung vorstellig zu werden, da die Voraussetzungen desselben (in Bezug auf die Behinderung des Herzogs von Cumberland an der Ausübung der Regierung über Braunschweig) jetzt nicht mehr beständen; ferner sollte man eine Resolution, nach der bei den in diesem Herbst stattfindenden Landtagswahlen „möglichst viele entschiedene Anhänger des angeklammerten Herrscherhauses gewählt werden sollen“, wobei man es aber den einzelnen Wählerkreisen überlassen wolle, je nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse in dieser Richtung thätig zu sein.

Die Weissen können sich noch immer nicht an den Gedanken gewöhnen, daß in der Politik Macht vorangeht.

— Getha, 6. Juli. (Eig. Ber.) Das Ministerium Strenge kann bald die Strophe „an Ehren und an Siegen reich“ so variiren: „an Mißerfolg und Niederlagen reich.“ Heute beschloß der Landtag trotz energischer Gegenwehr des Herrn v. Strenge einstimmig; eine unter seiner Verwaltung ohne Zustimmung des Landtags vorgenommene Veräußerung eines Theiles der Domänen entfällt und zu billigen und für nützlich zu erklären. Das Domänenvermögen war bis 1855 Staatsgut, wurde dann von einem schachmatten Landtag an den Herzog abgetreten, welcher aus dem Ertrag 800 000 M. bezog. Von dem überschüssigen Betrag schiebt dem Herzog noch die eine Hälfte zu, die andere Hälfte in die Staatskasse. Der Ertrag belief sich bis jetzt durchschnittlich für das Herzogthum Getha auf eine Million, geht aber infolge verkehrter Wirtschaft zurück. Die Regierung ist gesetzlich verpflichtet, bei Veräußerungen von Domänenstellen über 1500 Mark Werth die Zustimmung des Landtags einzuholen; sie behauptet aber jetzt schlaunweg, den Erlös im Interesse der Domänen zu verwenden, wie es ihr beliebt, während der Landtag energisch das Gegentheil behauptet. v. Strenge fürchtet, wie er merken ließ, nicht den Konflikt, der Landtag thut dasselbe. Das herzogliche Haus verzehret sich damit die ganze Sympathie, was wir nicht zu beklagen haben.

— Die süddeutschen Konsumvereine hielten in Gmünd (Württemberg) ihren Verbandstag ab. Bezüglich der neuen Novelle zum Genossenschaftsgesetz, welche den Verkauf an Nichtmitglieder verbietet, wurde festgestellt, daß sie einen Schlag ins Wasser bedeute. Dem Verbands gehören 50 Genossenschaften mit einer Mitgliederzahl von 45 071 Personen an. Der Verkaufserlös betrug in abgelaufenen Jahre einschließlich der Lieferantenumsätze rund 17 000 000 M., der Reinertrag 1 500 000 M., wovon den Mitgliedern 1 490 000 M. als Dividenden überwiesen wurden, während zum Reservefonds 80 000 M. und zu Werkbildungs- u. d. d. 60 000 M. verwendet worden sind. Mit scharfen Worten wandte sich auf dem Verbandstage zu Gmünd der Anwalt der süddeutschen Konsumvereine gegen die Umwandlung der Konsumvereine in Aktiengesellschaften. Die letzteren würden eben „Kapitalgesellschaften“, während bei der Genossenschaft gerade das soziale Element darin liege, daß jedes Mitglied, ob Gebetmüßig oder Arbeiter, eine Stimme habe und gleichberechtigt sei. Um übrigens wurde stark über die Verfolgungen geklagt, welche die Konsumvereine zu erdulden hätten.

— In Elsaß-Lothringen haben die Parteien mit den Vorbereitungen für die am 1. August stattfindenden Bezirks- und Landtagswahlen begonnen. Im ganzen sind 31 Bezirks- und Landtags-Abgeordnete zu wählen. Von dem Ausfall dieser Wahlen hängt zum Theil die künftige Zusammensetzung des Bundesausschusses ab, für den die drei Bezirksräthe 84 Abgeordnete zu wählen haben. Dies erklärt den Eifer, mit welchem die bis jetzt im Bundesausschuß nur vereinzelt vertretenen Liberalen und die noch gar nicht vertretene proletarische und sozialdemokratische Partei sich in den Wahlkampf stürzen. In Straßburg hat unsere Partei wiederum den Genossen Böhle aufgestellt.

— Ein Polizeireich. Aus Köln wird der „Frankf. Ztg.“ wie folgt berichtet:

Großes Ansehen erregt in der Bürgerschaft die irrige Verhaftung einer Dame durch einen Schuttmann, der eine Klaxia abhalten sollte. Er schleppte die Dame von einer der belebtesten Straßen hinweg zum Polizeibureau. Das zu Tode erschrockene Fräulein ging auch mit; sie hoffte, es werde sich alles auflären, da der Weg zum Polizeipräsidium an dem Hause ihrer Eltern vorbeiführte. Hier erklärte die Dame dem Beamten, in diesem Hause wohnen ihre Eltern, er solle sich vergegenwärtigen. Sie ging nunmehr nicht weiter mit. Der Beamte ging darauf nicht ein und als die junge Dame sich zur Wehr setzte, wurde sie von dem Schuttmann und zwei hinzugekommenen Kollegen schwer mißhandelt. Die herbeieilende Mutter der Dame wurde von dem Beamten zurückgestoßen, ebenso erging es einer größeren Anzahl von Personen, die sich der jungen Dame annehmen wollten. Der Vorgang erregte einen großen Aufstand. Dem inzwischen hinzugerufenen Vater gelang es nur schwer, aus dem Polizeipräsidium seine Tochter ausgeliefert zu erhalten. Die junge Dame liegt erkrankt darnieder und hat die Sprache verloren. Der Arzt fürchtet für ihr Leben. Der Vater hat bei der Staatsanwaltschaft wegen thätlicher Beleidigung Strafantrag gestellt.

— Chronik der Majestätsbeleidigungen. Vor der Strafkammer in Mulsdorf wurde heute gegen den Redakteur unseres Saalfelder Parteiorgans, Genossen Arthur Hofmann wegen Majestätsbeleidigung verhandelt. Der inkriminirte Artikel betraf die Hundertjahrfeier. Der Staatsanwalt beantragte 2 Monat Gefängnis. Der Rechtsanwalt vertheidigte den Angeklagten in vortheilhafter Weise. Dieser wurde freigesprochen.

Schweiz. Zürich, 3. Juli. (Eig. Ber.) Mit 1. Juli haben nach dem am 27. Juni vom Volke beschlossenen Sittlichkeitsgesetze die Bordelle in Zürich und Winterthur, die zusammen 60 Prostituirte zählten, aufgehört zu existiren. Die ausländischen Prostituirten wurden abgejagt. — Der Große Stadtrath in Zürich hat beschloffen, daß die Unternehmer städtischer Arbeiten verpflichtet werden sollen, möglichst einheimische Arbeiter zu beschäftigen. Dadurch soll der Ueberschwemmung durch die italienischen Banarbeiter etwas vorgebeugt werden.

Oesterreich-Ungarn. — Der Erntestreit. Budapest, 3. Juli. (Bericht der Wiener „Arbeiter-Zeitung“.) Im folgenden referiren wir die zuletzt aus dem Nord über den Erntestreit eingelangten Nachrichten: Verhandlungen wurden vorgenommen in Szabadka, Szeceß, Vacs-Bikity, Tisza-Kürt und Tisza-Szent-György, was natürlich eine wachsende Erregung der Bevölkerung und stellenweise förmliche Empörungen zur Folge hatte. In vielen Orten wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen und alle vorgefundenen Flugchriften, Bücher und Drucksorten konfiszirt; all dies soll, der „weisen“ Ueberzeugung der vollkommenen Stuhlritzer zufolge, die „Gemüther beruhigen“! Es ist wahrlich zu bunt!

In Tapio-Saly hielten die Schnitter gestern die Arbeit ein, weil die Herrschaft von ihnen auch die Abmähung der Luzerne forderte, was selbst im Vertrag nicht steht. In Melkhat feiern seit gestern hundert Schnitter, die nur in dem Falle weiterarbeiten gewillt sind, wenn sie für eine Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr 1 fl. 50 Kr. Tagelohn bekommen. Hierher wurde bereits drei Winger Gendarmen requirirt. In Vacs-Bikity meldeten die Arbeiter zwei Veranlassungen an, die jedoch von der Behörde unterjagt wurden. Die Gemüther sind schrecklich erbittert, die Erregung so groß, daß 70 Gendarmen in diese kleine Gemeinde brockert werden mußten. Alle Arbeiterführer wurden verhaftet. In Zatabaza streiken 800 Arbeiter. Sie fordern höhere Löhne und die Aufhebung der Roboterarbeit.

Die Forderungen der Arbeiter wurden bisher in Tapio-Sap und Vacs-Madarasz, ferner auf der Gynla-Megyer Besingung des Grafen Stefan Karolyi bewilligt.

— Wien, 6. Juli. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tagblattes“ aus Teichen wurde in der gestrigen außerordentlichen

Sitzung des Gemeinde-Ausschusses einstimmig beschlossen, die Arbeiten in dem übertragene Wirkungsbereich mit dem 15. d. M. einzustellen. Die versammelten Bürgermeister und Gemeindevorsteher des Teichener Bezirks haben den gleichen Beschluß gefaßt, ebenso nach einer Meldung desselben Blattes 31 Gemeindevorsteher des Trantenauer Bezirks sowie die Stadtvertretung von Krähau unweit Reichenberg. —

Frankreich.

— Von der Grenze Marokko's werden neue Feindseligkeiten gemeldet. Von Oran kommt ein Telegramm, wonach in der Nähe von Marnia die Reiter des marokkanischen Kais' Miran den Sedjana-Stamm, der sich zum Markt nach Marnia begab, überfallen und bis zur algerischen Grenze verfolgt haben, wobei sie dessen Vieh zurückerstolen. Der Sultan von Marokko steht im Begriff ein Heer auszurücken, um die rebellischen Stämme zu bestrafen. —

Paris, 6. Juli. Gerichtswegs verurteilt, Queznan de Beaurepaire, der Präsident des Kassationshofes und ehemaliger Oberstaatsanwalt, habe es abgesehen, vor der Panama-Kommission zu erscheinen. Der Präsident der Kommission wolle wegen dieser Weigerung die Entscheidung der Deputiertenkammer anrufen.

Paris, 6. Juli. Der Kredit von 500 000 Frank für die Reise des Präsidenten Faure nach Petersburg verursachte in der heutigen Kammer Sitzung eine ungemein heftige Debatte. Die Sozialisten bekämpften den Antrag. Ein sozialistischer Abgeordneter sagte, er und seine Freunde würden geschlossen gegen die Vorlage stimmen. Man habe nicht die Republik proklamiert, um der Tyrannei eine Fuldigung darzubringen. (Heftige Proteste auf allen Bänken.) Man solle das Geld nicht verschleudern; man solle es lieber den Armen geben, die in Südfrankreich ruiniert worden seien. Präsident Faure entgegnete, es handele sich um einen Höflichkeit- und Freundschaftsbesuch, der Frankreich glücklich mache. In seiner Protestrede gegen die Vorlage sagte Favrean, die Reise sei eine Folge des Besuchs des russischen Zaren in Frankreich. (Großer Tumult.) Präsident Faure protestierte energisch gegen diesen Ausdruck. Schließlich wurde die Vorlage mit 447 gegen 29 Stimmen angenommen. —

Holland.

Amsterdam, 5. Juli. (Sig. Ver.) Genosse Troelstra hat das Mandat für Tietjerkstraadeel angenommen. In Winthoven und Beuningen werden also neue Wahlen stattfinden. Für letzteren Ort ist unfererseits schon der evangelische Pastor W. Bar Landdirt.

Der Kreis Tietjerkstraadeel, der jetzt sozialdemokratisch vertreten ist, ausschließlich ländlicher Art. Er besteht aus vier großen Gemeinden, jede aus einer Zahl kleinerer Dörfer zusammengesetzt. Die Wähler Troelstra's im ersten Wahlgang sind der Mehrheit nach Landarbeiter, jedoch auch wirtschaftlich herunter gekommene Bauern und Kleinbauern. In der Stichwahl ist ihm dazu das liberale Kleinbürgerthum zugefallen.

Auch der Wahlkreis Winthoven ist vorwiegend ländlich, während in Beuningen die Stadt vorherrscht, jedoch auch das platt Land ein beträchtliches Theil der sozialistischen Stimmen geliefert hat. Gewiß sind dies bedeutende Erfolge unserer agrarischen Agitation der letzten Jahre.

Und unsere Aussichten für die Ersatzwahlen sind garnicht düster. Das vierte sozialistische Mandat ist in den Händen eines ehemals „antiparlamentarischen“ Sozialisten, der im alten Wahlkreis des Herrn Neuenhuy's gewählt wurde. Mit dem Antiparlamentarismus ist es natürlich aus. Die Siege unserer Genossen haben in der ganzen holländischen Arbeiterwelt Jubel hervorgerufen und unserer Bewegung mächtigen Vorsubst geliefert. Arbeiter haben gesehen, daß sie etwas erreichen können, wenn sie die Hände nicht in den Schooß legen, und von „Enthaltung“, das heißt politischen Nichtstun darf man ihnen nicht mehr reden. —

England.

London, 5. Juli. Im Unterhaus erklärte der Staatssekretär für Indien, Hamilton, die indische Regierung betrachte die Unruhen in Tschitpur als von rein lokaler Bedeutung. Die Berichte über dieselben seien übertrieben. Der Parlamentsekretär im Kriegsamt Brodrick führte aus, daß alle Operationen am Nils in diesem Jahre von der ägyptischen Regierung geleitet würden und daß keine Absicht bestehe, General Kitchener im Ober-Kommando zu ersetzen. Auf Antrag des Ersten Lords des Schachens Balfour beschloß das Haus, die Regierung zu ermächtigen, aus dem Konsolidirten Fonds die Summe von 600 000 Pfund Sterling für Schiffsbauten zu entnehmen. Die Debatte hierüber wurde auf Wunsch Balfours bis zur zweiten Lesung der Vorlage ausgesetzt. —

Siam.

Bangkok, 5. Juli. Die von Paris aus verbreitete Nachricht von dem Eindringen siamesischer Truppen auf französisches Gebiet und von der Tödtung eines Priesters ist gänzlich unbegründet. Man glaubt, daß dieselbe in Umlauf gesetzt wurde, um eine Verstimmung zwischen Frankreich und Siam hervorzurufen und auf diese Weise zu bewirken, daß dem König von Siam in Paris ein unfreundlicher Empfang zu Theil werde. —

Amerika.

— Utopische Thorheiten. Der Gewerkschaftsführer Debs, ein sehr konsequenter Mensch, hat wieder einmal den alten utopischen Plan ausgearbeitet, durch sozialistische Arbeiterkolonien die soziale Frage zu lösen. Er beweist damit nur, daß er aus der Vergangenheit nichts gelernt hat, und die Anfangsgründe des Sozialismus und der Nationalökonomie nicht kennt. In seiner Naivität hat sich Debs zur Bewerthung seines Planes sogar an den berühmtesten Spekulanten Rockefeller gewandt, der ihn natürlich abfahren ließ. Unser amerikanischer Korrespondent schreibt uns über den abenteuerlichen Plan:

New-York, 24. Juni. Da hätten wir nun auf einmal, wie im Schlaf gebracht, eine „rein-amerikanische“ sozialdemokratische Partei! Auf der vom 15. bis gestern stattgehabten „Cooperative Commonwealth-Konvention“ in Chicago ward nämlich die Gründung einer Partei beschlossen, welche den Namen „Social Democracy of America“ führen und deren herauszugebendes Organ „The Social Democrat“ heißen soll. Was den Pionieren des Sozialismus in jahrzehntelanger Thätigkeit nur in sehr beschränkter Weise gelungen ist, nämlich die Befestigung des Vorurtheils auch nur gegen jenen Namen, das haben Debs und Genossen im Handumdrehen fertig gebracht! D. h. freilich auch nur bei einem gewissen Theil der amerikanischen Arbeiterbevölkerung, in deren Kreise aber unsere Ideen bisher gar nicht oder nur in sehr verzerrter und verblähter Weise gedrungen sind.

Eine sozialdemokratische Partei ohne — Sozialdemokraten! Denn die paar Leute, welche aus unsern, oder in Bezug auf die sozialistischen Prinzipien und nahe stehenden Kreisen den „Debs'schen Manuel“ mitmachen (so soll das seitens eines Theils der Mitglieder unserer Partisektion in Denver der Fall sein, wie anderntheils seitens der Mitglieder und Anhänger der „Cincinnati-Richtung“), spielen dabei keine Rolle, so wenig wie die letzteren eine solche in der „Peoples Party“ gespielt haben, der sie bis zur letzten Nationalwahl — theilweise noch bis jetzt — als Schwanz dienen.

Ueber die Befestigung der Konvention liegen uns dürftige Nachrichten vor; so die, daß die — wenigen — Delegirten zur Konvention der „Am. Railway Union“, die auf dieselbe Zeit einberufen war, nachdem sie das Ende dieser Organisation konstatirt hatten, nach dem Lokal der Commonwealth-Konvention marschirten und daß sich unter den übrigen Delegirten einige bekannte Persönlichkeiten befanden, wie Ed. Bellamy, Ex-Gouverneur Waite von Colorado, Cy D. Lloyd u. dergleichen. Wie ich die Verthigung zu machen, daß dies nicht, wie im früheren Bericht irrtümlich angegeben, der Präsident der „Brotherhood of Carpenters u. Joiners“ gleicher Namens ist, sondern ein „sozialistischer“ Millionär und Schriftsteller. Ferner ward vermeldet, daß mehrere sozialistische Delegirten zurückgezogen worden sind, darunter der bekannte Genosse Thomas Morgan, der ein Mandat des Chicagoer Lokal-Verbandes der „Socialist Trade and Labor Alliance“ hatte, das aber nicht anerkannt wurde, trotzdem in dem Rufus zur Befestigung der

Konvention alle Arbeiterorganisationen eingeladen worden waren. Freilich wußte Debs, daß M. in vorhergegangenen Versammlungen sein Projekt recht unbarbarisch vom wissenschaftlich-sozialistischen Standpunkt aus zerstückelt hatte und er hielt wohl „seine“ Leute nicht gefeit vor dessen Argumenten. — Was Debs und seinen Plan noch charakterisirt, ist der Umstand, daß er ein Schreiben um Unterthigung der Bewegung an ein der größten kapitalistischen Aushühler des Landes gerichtet hat, nämlich an den Präsidenten der „Standard Oil Komp.“ Rockefeller, in welchem Schreiben es heißt, daß es in der Bewegung keine Klassenunterschiede gäbe und Arm und Reich in gleicher Weise willkommen seien, um an der „Entthronung des Goldes“ mitzuwirken.

Bemerkenswerth ist, daß die bürgerliche Presse durchaus nicht mit der gewohnten Wuth, die sie sonst bei allem überkommt, was nur nach „Sozialdemokratie“ riecht, über die Bewegung herfällt, sondern derselben nur „spöttlich-mitleidig“ gegenübersteht. Sie verschweigt auch geistlich, daß die wirklichen Sozialdemokraten ihr protestirend gegenüber stehen. Und das thut sie mit gutem Grund: Ist doch als gewiß anzunehmen, daß sie nach dem „Plagen der Blase“ den Mißerfolg als Argument gegen die Bestrebungen der letzteren aufführen wird.

Auch ist zu erwähnen, daß das Projekt in den Kreisen der „konservativen“ Arbeiterführer, denen sonst schon die Nennung des Wortes „Sozialist“ einen Stich versetzt, eine wohlwollende Beurtheilung findet; ist doch in der letzten Sitzung der diesigen Central Labor Union sogar angeregt worden, das angestrebte eigene Lokal (das den Namen „Temple“ führen soll) auf den Debs'schen „Prinzipien“ zu bauen! Freilich soll sich ja die Geschichte „hinten, weit in der Ferne“ abspielen, nämlich im Staate Washington, und da bleibt also auf abschbare Zeit jenen das Schleppergeschäft für die kapitalistischen Parteien ungeschädelt!

Uebrigens hat man auch am wahrscheinlichsten Schauplatz des Unternehmens keine Angst vor demselben. Der Gouverneur des Staates Washington hat nämlich an Debs mitgetheilt, es werde ihn freuen, wenn die „Social Democracy of America“ ihr Projekt, einen Staat nach dem andern zu sozialisieren, zuerst dort in Ausführung zu bringen versuchen wolle. Land sei reichlich und zu billigen Preisen zu haben, und es bedürfe nur der Arbeit, um aus Wüsten eine Paradiese zu schaffen. Auch habe der Staat durch seine vortheilhaft gelegenen Mästen, an denen sich neben den schon vorhandenen Häfen noch weitere für den Handel mit den asiatischen Ländern anlagern ließen, eine große Zukunft vor sich. Daß auf die „Paradiese“ — wenn sie fertig sind — sehr bald schon die kapitalistischen Götzen, hinter denen die Machthaber des ganzen Landes stehen, ihre Tugden legen könnten, ist freilich nicht in Rechnung gezogen! —

Partei-Nachrichten.

Ueber die Frage der Theiligung an den preussischen Landtagswahlen referirte in einer gut besuchten Versammlung in Bremerhaven der Genosse Schmalfeldt. Er sprach sich gegen die Theiligung aus; ein bindender Beschluß wurde nicht gefaßt. In der Diskussion sprach man sich dafür aus, daß den Delegirten in dieser Frage keine gebundenen Mandate gegeben werden dürfen.

Ein Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein, die freie Hansestadt Hamburg, das Fürstenthum Lübeck und das Herzogthum Lauenburg ist auf den 5. September nach Neumünster einberufen. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht-erstattung und Abrechnung der Agitationskommission. 2. Bericht-erstattung über die Presse. 3. Stellung zu den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen. 4. Stellung zur bevorstehenden Reichstagswahl. 5. Beratung und Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge. 6. Wahl der Sige der Agitations- und Pressekommissionen.

Die Kreis-Konferenz für den Wahlkreis Altona-Isertal hndet am Sonntag, den 12. September, morgens 10 Uhr, in Läden-scheld beim Reich St. Nikolai statt. Vorläufige Tagesordnung: Bericht der Vertrauensmänner, Organisation, Agitation, Presse, die Landtagswahl, die Reichstagswahl, Wahl eines Delegirten zum deutschen Parteitag, Wahl eines Kreisvertrauensmannes.

Aus Offen wird uns geschrieben: Im hiesigen Wahlkreis zerbrechen sich die Leiter der national-liberalen Partei — besser wohl der freikonserativen, da von National-liberalismus hier nichts zu merken ist — den Kopf, wer wohl von den Sozialdemokraten bei der nächsten Reichstagswahl als Kandidat aufgestellt werden wird. Wie uns versichert wird, glaubt man in den Kreisen der Fabrikanten und Bodenbesitzer nicht daran, daß wir an der Kandidatur Ludwig Schröder's festhalten. Ein bekannter hiesiger Führer der Unternehmerrpartei sprach von der „nielosen Demonstration“ im Hinblick auf Schröder's Aufstellung. Wir können nur versichern, daß heute, nachdem der Antrag auf Wiederaufnahme des Schröderprozesses abgelehnt ist, mehr als je an dem „Zuchthäusler“ festgehalten werden wird. Wir wissen ganz gut, daß die Stimmen, die auf den „Zuchthäusler“ fallen, sofort unglücklich sind, aber was schadet das? Gerade soll die heutige Jurisprudenz sehen, wie man über den Offener Spruch im Volke denkt. Unsere Stimmenzahl wird ganz bestimmt sehr anschwellen, denn bis weit in die Bürgerkreise hinein hält noch heute die Enttäuschung über das Urtheil im Reineidsprozeß an.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Das seltsame Glück, einen Preispruch zu erzielen, ist dem Genossen Korn, Redakteur der „Kleinen Volkszeitung“, zu Theil geworden. Er sollte den Verwalter des Heidbrömer Werkhause's Ostermann beleidigt haben durch eine Notiz, in der derselben vorgeworfen wurde, einen 30jährigen blödsinnigen Junsassen mißhandelt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung, da der Wahrheitsbeweis erbracht sei.

VII. Generalversammlung des Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands.

Hamburg, den 5. Juli 1897.

In der Nachmittags-Sitzung wies in der Bericht-erstattung der Delegirten über den Stand der einzelnen Mitgliedschaften fortgesetzt. Der Hohenburger Delegirte schildert in längerer Ausführungen die recht traurigen Arbeitsverhältnisse in seinem Heimathafen. Der Flensburger Delegirte theilt mit, daß die Zahl der Mitglieder in kurzer Zeit bedeutend gestiegen sei. Die Löhne schwanken zwischen 40 und 60 Pf., jedoch sei die Alfordarbeit vorherrschend. Die Arbeitszeit sei auf 10 bzw. 10 1/2 Stunden bemessen. Der Durchschnittslohn der dortigen Kollegen betrage pro Jahr 700 bis 800 M. Der Dresdenener Delegirte gab an, daß die Arbeitszeit auf 11 Stunden festgesetzt sei. Der Vertreter von Geestmünde führt aus, daß in Geestmünde hauptsächlich die Fischereiarbeiter organisiert sind. Es seien deren etwa 140 bis 160 beschäftigt gegen einen Wochenlohn von 18 M. an. Ueberstunden würden nicht bezahlt. Manchmal dauere die Arbeit bis um und nach Mitternacht. Ueber die Verhältnisse in Schönebeck a. S., wo die zur Zeit des Hamburger Streiks gegründete Mitgliedschaft schon etwa 200 Mitglieder hat, berichtet der Delegirte, daß selbst die besten Arbeiter bei gänzlich unbeschränkter Alfordarbeit nicht mehr als 900 bis 1000 M. verdienen können, so niedrig seien die Alfordlöhne. Der Delegirte von Darßow schildert, wie die Darßower Hafenarbeiter, um die Kreisenden Hamburger zu unterstützen, ebenfalls in den Streik hätten eintreten müssen. Die Organisation habe gewonnen. Zur Zeit befänden sich noch acht Kollegen im Gefängnis, welche 42 Monate zu verbüßen hätten. Hierdurch würden die Darßower Hafenarbeiter stark belastet. Hierauf erstatten die Hamburger Delegirten ihre Berichte, welche neues für unsere Leser nicht bieten, da wir über die Arbeits- und Lohnverhältnisse im und am Hafen während und nach dem Streik ausführlich berichtet haben. Mit dem Bericht der Flussschiffer ist das Ende der festgesetzten Verhandlungszeit eingetreten. Es erfolgt die Vertagung auf morgen früh 7 Uhr.

Hamburg, den 6. Juli 1897.

Bei Beginn der heutigen Verhandlung nimmt zunächst ein Vertreter der Getreide-Arbeiter das Wort, um die Verhältnisse in seiner Berufsgruppe darzulegen. Der Vertreter der Arbeiter vom Staatsquai theilt mit, daß die Mitgliederzahl nach dem Streik erheblich zurückgegangen ist. Viele von den alten Quaiarbeitern haben keine Beschäftigung am Quai erhalten und mußten sich anderen Berufen zuwenden. Vor langer Zeit hat die Quaiverwaltung versprochen, die Alfordlöhne am Quai zu erhöhen. Zu Tagelohn hat man sich noch immer nicht verstehen können. Viel zu wünschen lassen die Sicherheitsmaßregeln am Quai. Es kommen sehr viele Unfälle vor. Wir haben jetzt in unserer Organisation des Obmanns-system eingeführt und dürfen hoffen, allmählich auf den alten Stand zu kommen. Verschiedene fremde Delegirte drücken ihre Verwunderung darüber aus, daß in einem Staatsbetriebe, besonders für die unregelmäßig beschäftigten Hilfsarbeiter, so überaus traurige Lohnverhältnisse bestanden haben und zum guten Theile noch bestehen. Der Vertreter der Arbeiter vom Amerika-Quai kann auch nur einen Bericht recht traurigen Inhalts über den Stand seiner Mitgliedschaft, die durch Maßregelungen nach dem Streik arg geschwächt ist, erstatten. Die Lohnverhältnisse am Amerika-Quai sind weitaus schlechter als am Staatsquai. Der Vertreter der Kesselreiniger: Die Kesselreiniger werden in Hamburg schlechter bezahlt als die chemischen Kulis. Ein Wochenverdienst von 11 M. ist sehr hoch. Und von diesem erbärmlichen Hundelohn werden uns auf Grund einer rigorosen Arbeitsordnung noch große Abzüge gemacht. Es kommen Abzüge von 50 bis 60 Prozent vor. Entgegen den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung seien die Arbeiter zur Ausarbeitung der Arbeitsordnung nicht hinzugezogen. Ein Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie, die die Kesselreinigung in eigener Regie habe, habe in einer Sitzung mit der Senatskommission erklärt, die Kesselreiniger hätten über 1100 verdient, wie die Lohnlisten auswiesen. Das ist jedoch nicht wahr, sondern nur wenn die Arbeit eine regelmäßige sei, könnte soviel verdient werden. In Wirklichkeit würde weitaus weniger verdient, ungefähr 800 bis 900 M. Wenn die Kesselreiniger dem letzten Streik auch ebenfalls wie 1892 mit dem Streik hineingefallen wären, sie träten Streik, und so auch jetzt wieder mit Forderungen an die Arbeitgeber heran. Ein Delegirter fährt noch aus, daß die Kesselreiniger von frühester Jugend an in den gesundheitsgefährlichsten Betrieben arbeiten müßten und nur ganz vereinzelt ein Alter von 35 Jahren erreichten.

In längerer Rede schildert der Vertreter der Maschinenisten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maschinenisten, Kabinenführer und Donkleute. Im ganzen seien 693 Personen auf dem Wasser beschäftigt. Vor dem Streik gehörten nur 60 dem Verbands an, während desselben 189, jetzt 120. Von den in den Streik eingetretenen 140 Kabinenführern seien nach dem Streik nur 10 eingestuft worden. Von 88 Donkleuten stellten 41 die Arbeit ein; nur 22 von diesen sind wieder eingestuft worden. In keinem Verhältniß liege der Lohn zu den Leistungen der von ihm vertretenen Branchen. Die Donkleute erhielten oft Strafmandate wegen Verfehlungen, Strafmandate, welche eine Höhe bis zu 60 M. erreichten und welche darauf zurückzuführen seien, daß es die Unternehmer unterließen, Fehler an Maschinen etc. zu beseitigen. Oft werde vom Unternehmer gesagt: „Haltet man noch weiter, es geht wohl noch.“

Der Vertreter der Hamburger Schauerleute entwirft ein anschauliches Bild von der Lage ihrer Kollegen. Die Zahl der der Organisation angehörenden Schauerleute betrage 8000, während zur Zeit des Streiks 4800 aufgeführt wurden. Ueber die Unfälle im Hafen läßt man sich wenig. Kleinere Unfälle, wie Arm- und Beinbrüche habe man nicht auf Rechnung. Auf die Ursache dieser bedauerlichen Unfälle gehe man nicht ein. In einem Falle sei es sogar vorgekommen, daß ein Mann abends in den Raum gefallen und am anderen Morgen dort todt aufgefunden worden sei. Dies könnte, wenn entsprechende Einrichtungen geschaffen würden, doch nicht vorkommen. Seit fünfzehn Monaten werde untersucht und berathen, jedoch sei bis jetzt noch nichts Erprobliches für die Arbeiter herangefommen. Ein anderer Vertreter der Schauerleute hat, um den Lohnschwund ins rechte Licht rücken zu können, Ermittlungen über die Höhe der Löhne angestellt. In diesem Zweige hat er den Durchschnittsverdienst berechnet, welchen 9 Gänge à 6 Mann während der letzten vier Jahre hatten. Nach dieser Rechnung kommt auf den Mann im Jahre 1893 ein Verdienst von 1141,40 M., 1894 916,10 M., 1895 1289,50 M., 1896 1451,50 M. Die Wichtigkeit dieser Berechnung ist von einem Vertreter der Kohlenimporteure in einer Sitzung mit der Senatskommission anerkannt worden. Die Erhebungen beziehen sich auf die Lohnverhältnisse der sogenannten schwarzen Schauerleute. Die Auszahlung des Lohnes erfolge nach wie vor in den Wirtschaften. Man könne behaupten, daß auf diesem Gebiete nichts gethan worden sei, ja, daß sogar die Mißstände größer wurden.

Der Mannheimer Delegirte erklärt, er habe die dortigen Verhältnisse nicht in einem rosigem Lichte geschildert.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Au die Zimmerer Deutschlands. Welche Kameraden! Seit dem 6. Juli besuden sich die Zimmerer Berlin's und die der Vororte von neuem im Kampf um die Vesserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage. Die Versuche, neben der neunstündigen Arbeitszeit den Stundenlohn von 60 Pf. auf gütlichem Wege einzuführen, scheiterten an der Palustrarigkeit der Unternehmer, welche mit allen Mitteln versuchen, Arbeitskräfte aus den Provinzen nach Berlin zu locken, um uns zum Nachgeben zu zwingen. Berufsgenossen, die Unsicherheit unserer Existenz, die von Jahr zu Jahr größer werdende Arbeitslosigkeit in unserem Beruf, hervorgerufen durch die neue Berliner Bauart, veranlaßte uns, diesen Schritt in diesem Jahre zu unternehmen, da vielleicht die Möglichkeit in den nächsten Jahren nicht vorhanden ist. Wer aber die Verhältnisse einer Großstadt kennt, wird wissen, daß dieser Lohnfuß den örtlichen Verhältnissen nicht nur entspricht, sondern zur Erhaltung einer Familie unbedingt notwendig ist. Kameraden! Wir erwarten vorläufig von Euch keine materielle Unterstützung, sorgt aber dafür, daß der Zuzug nach Berlin ferngehalten wird, merdet Berlin auf einige Wochen, best die Anschläge des Unternehmertums durch Fernhaltung des Zuzuges zu schanden machen und der Sieg ist unser. Die Lohnkommission der Zimmerer Berlin's und Umgebung. J. A. Theodor Fischer, Berlin O., Grenadierstr. 33. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Zur Bergarbeiterbewegung im Menschlicher Gebiet wird und geschrieben: Auch unter den hiesigen Bergarbeitern regt es sich infolge des Borgebens der Bergarbeiter in den Nachbargebieten, doch wird es hier jedenfalls nicht zu einem Streik kommen. Eins am Sonntag, den 4. Juli, feiertgebade übervoll besuchte Versammlung beschloß nach einem Referat des Bergmannes Dirsch aus Weidau, den Grubenverwaltungen Forderungen vorzulegen. Dieselben sind ähnlich denen der Bergarbeiter des Bezirkes Zeit-Weissenfeld, haben jedoch eine Abweichung in der Forderung der Arbeitszeit. Sie verlangen eine solche von 6 Uhr bis 1/2 1/2 Uhr, also Tag- oder Nachtschicht 11 1/2 Stunden luff. Aus- und Einfahrt und Pausen, so daß eine direkte zehnstündige Arbeitszeit bleibt. Jetzt ist eine solche in der Regel von 11-13 Stunden. Ueberstunden sollen gänzlich befreit werden. Der Lohn soll betragen 4 M. bzw. 3,00 M. im Durchschnitt, für die übrigen beschäftigten Personen 2,70 M. im Durchschnitt. Ferner wird jeden Freitag vollständige Auszahlung des verdienten Geldes gefordert. In dieser Woche sollen überall die Forderungen eingereicht werden; man erwartet von fast allen Verwaltungen ein Entgegenkommen, da sich eine Anzahl schon dazu bereit erklärt hat. Aus der Diskussion hörte man heraus, wie weit jene Arbeiter nach zurück sind, es ist gut, daß es endlich auch hier zu Tagen beginnt. Am nächsten Sonntag ist Versammlung in Pölsch.

Eine von ca. 600 Töpfern besuchte öffentliche Versammlung, die gestern Abend in Meißel's Salon, Weberstraße 17, tagte, erklärte sich mit allen gegen 5 Stimmen mit den Vorschlägen, die seitens der Berliner Kommission und der Delegierten des Ausschusses des Zentralverbandes vorgeschlagen wurden, einverstanden. Nach den in der angenommenen Resolution gemachten Konzeptionen schließen sich die Töpfer Berlins dem Zentralverband der Töpfer Deutschlands an.

Zu pfliffig sind die Tabakwaaren-Fabrikanten in Frankenhäusern am Köpffhäuser. Seit 5. beziehentlich 26. Juni streiken die Arbeiter der Firmen Gothe u. Wenzel und Rabener u. Becker, weil ihre Forderungen nicht bewilligt worden sind. Die Fabrikanten wollen zwar die Hälfte der Forderungen bewilligen, aber nur dann, wenn die Arbeiter aus dem Unterstützungsbund deutscher Tabakarbeiter austreten. Natürlich gehen die Arbeiter auf dieses Anerbieten nicht ein, denn die Gewerkschaft ist ein besserer Rückhalt im Arbeiterleben als die wechselnde Gunst des Unternehmertums. Im Streik stehen 15 Arbeiter und 60 Arbeiterinnen.

Die harten Urtheile auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung mehren sich. In Viefelsfeld wurden am Sonnabend zwei Maurer, welche beschuldigt waren, arbeitswichtige Maurer bedroht und mißhandelt zu haben, zu 6 bezw. 4 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Angeklagten hätten sich, so führte der Vorsitzende aus, durch die Gehartikel einer agitatorischen Presse verleiten lassen. Es müsse ein Exempel statuirt werden, um Leute, die arbeiten wollen, zu schützen. — Sind die Mißhandlungen wirklich vorgekommen und meint der Herr Vorsitzende, daß die Angeklagten durch die „Gehartikel“ der Arbeiterpresse dazu verleitet worden seien, so dürfte ihm die Beweisführung für diese Behauptung sehr schwer fallen, denn diese Presse ist stets eifrig bemüht, vor Ausschreitungen zu warnen.

Aus dem Ruhrkohlenrevier wird uns gemeldet: In Osterfeld bei Oberhausen nahm eine von über 1000 Bergleuten besuchte Versammlung Stellung zu der Maßregelung eines Arbeiters an der Zeche „Osterfeld“. Dieser, zugleich Ausschussmitglied des christlichen Gewerkevereins, hatte an die Verwaltung genannter Zeche das Gesuch gerichtet, die verletzten Bergleute schonender zu behandeln. Ob dieses Verbrechen erfolgte die Maßregelung. In der Versammlung äußerte H. D. v. H. v. M. v. M., der Vorsitzende des Gewerkevereins, nach Angabe des „Bergknappen“: „Wenn die Verwaltung den Gemäßigten nicht wieder anlegen will, dann machen wir die Bude auf Osterfeld zu! Also Androhung des Streiks seitens Bruch! Ach, wie hat sich das Blättchen gewendet!“

Im Zentralverein der Brauer Deutschlands ist zum ersten Mal eine Urabstimmung vorgenommen worden und zwar handelte es sich um die Fragen, ob der Streikfonds obligatorisch eingeführt werden solle, wie hoch der Monatsbeitrag für diesen zu bemessen sei und ob und durch wen die Lokaler Generalversammlung der amerikanischen Brauergewerkschaft besetzt werden solle, von welcher an die Deutschen Einladung ergangen war. Das Ergebnis der Abstimmung war folgendes: Es beteiligten sich nur etwa die Hälfte der arbeitenden Mitglieder. Für die obligatorische Einführung des Streikfonds stimmten 2510 Mitglieder, dagegen 1957. Für 10 Pf. Monatsbeitrag stimmten 1079, für 15 Pf. 28 Mitgl., für 20 Pf. 1181 Mitgl., für 25 Pf. 92 Mitgl., für 30 Pf. 72 Mitgl., für 40 Pf. 46 Mitgl., für 50 Pf. 87 Mitgl., für 100 Pf. 19 Mitgl. Für die Besetzung der Lokaler Generalversammlung stimmten 2987 Mitglieder. Der Verbandsvorsitzende Wiele erhielt mit 1998 die meisten Stimmen.

In Mülheim a. d. Ruhr fordern die Maurer den Zehntelstundenlohn und 45 Pf. Stundenlohn. Da die Unternehmer nicht einmal eine Antwort gaben, wurde in einer Versammlung der Streik beschlossen. Die Kündigung läuft am 10. Juli ab. Zugang ist streng fernzuhalten. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Zu Braunschweig sind die Töpfer in den Ausstand getreten. Die Meister haben den jetzt gültigen Lohnvertrag gekündigt, und zwar so, daß er mit dem 1. August außer Kraft tritt. Bis zu dieser Zeit werden aber auch die laufenden Arbeiten so ziemlich erledigt sein, weshalb die Gehilfen es vorziehen, sofort die Arbeit einzustellen, denn die „neuen Vorschläge“, welche die Meister ankündigen, dürften nach den Gerüchten ganz erhebliche Lohnreduzierungen enthalten.

In Grimmschan wurde eine Textilarbeiter-Versammlung aufgelöst, weil das Vorgehen der Polizei im Streik bei Selbmann kritisiert werden sollte. — Eine bequeme Art, die Kritik tot zu machen.

Der Maurer-Ausstand in Speyer soll nach den Meldungen der „Rhein. Ztg.“ beendet sein. Den Arbeitern wurde eine Lohn-erhöhung zugesichert.

Der Münchener Töpferstreik ist noch nicht beendet; es sind noch 56 ausständig. Den Gehilfenverband anerkannt haben 43 Meister, die insgesamt 180 Gehilfen beschäftigen.

Gewerkschafts-Abrechnungen. Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands. Abrechnung auf das Jahr 1896. 1. Mitgliedschaften (Berlin, Königsberg, Hamburg und Thorn): Einnahme 757,68 M., Ausgabe 259 M., als lokaler Fonds zurückbehalten 41,40 M., an die Zentralkasse abgeführt 452,84 M. 2. Zentralkasse: Einnahme: von den Mitgliedschaften 452,84 M., für Abonnements auf die Verbandszeitung „Der Bureau-Angestellte“ 92,92 M., von der General-Kommission 300 M., Summa 844,66 M. Ausgabe: für Zeitung und Druckarbeiten 647 M., für Agitation und Porto 142,86 M., Diversa 19,24 M., Summa 809,60 M. In Verbindung mit dem Kasseebestand vom 31. Dezember 1895 (34,12 M.) betrug der Ueberchuß 70,18 M., der sich, da noch 61,50 M. Druckkosten zu decken sind, auf 8,68 M. rechnet. — Der Mitgliederbestand bewegte sich wie folgt: 1. Quartal 98, 2. Quartal 101, 3. Quartal 208, 4. Quartal 248. Berlin hat mit 182 Mann die größte Mitgliedschaft, dann folgt Königsberg mit 62, Hamburg mit 88 und Thorn mit 18 Mitgliedern.

Ausland.

Der Streik der Badapester Ziegelei-Arbeiter droht große Dimensionen anzunehmen. Die Arbeiter sind angezeichnet organisiert und es ist genügend Geld vorhanden, um auch einen längeren Streik auszuhalten zu können. Der eigentliche Grund des Streiks und der Verzweiflung der Arbeiter liegt nicht so sehr in den geringen Löhnen, als in der außerordentlich langen Arbeitszeit (16 bis 18 Stunden täglich), die im Verein mit den miserablen Wohnungsverhältnissen die Arbeitskraft und die Gesundheit der Arbeiter total zu Grunde richtet. Alle als Sozialisten bekannte Arbeiter sind von den Unternehmern gemahregelt worden. Die Zahl der in der Umgebung von Budapest beschäftigten Ziegelei-Arbeiter beträgt gegen fünfzehntausend.

Die Arbeiterbewegung in Finnland ist in gutem Fortschritt begriffen. Eine ganze Reihe Lohnreduzierungen sind in letzter Zeit durch die Organisationen erstritten und erreicht worden. So erreichten die Tischler in Abo den Zehntelstundenlohn und Lohnreduzierung. In Tammerfors war ein 700 Arbeiter umfassender Streik der Lederarbeiter zu verzeichnen, der 14 Tage dauerte. Er bezweckte hauptsächlich die Befreiung eines Direktors, der die Arbeiter in schamloser Weise brutalisierte. Der Streik endigte mit dem völligen Siege der Arbeiter. Der Direktor wurde entlassen. Die Arbeiter bildeten nach beendetem Streik eine Fachorganisation, da sie noch nicht organisiert waren. Zur Zeit schwebt ein großer Schuhmacherstreik.

Aus Schweden. Der große Streik der Metallarbeiter in Malmsberg ist beendet. Dieser Streik, der von nicht organisierten Arbeitern begonnen wurde und dem erst später die Organisation beitrug, dauerte mehrere Monate und umfaßte viele hundert Arbeiter. Wenn das große Malmsberg-Werk sich jetzt bereit erklärt

hat, mit den Arbeitern in einer Kommission zu verhandeln, dann verdanken es die Arbeiter in erster Reihe den Unterstützungen, die ihnen von auswärtig zugehen, da sie selbst nicht gerüstet waren, und dem Umstande, daß das Malmsberg-Werk wegen der dortigen elenden Wohnungsverhältnisse andere Arbeiter überhaupt nicht bekommt. Selbst von den bisherigen sind während des Streiks viele abgereist.

Der Ausstand der belgischen Bergleute droht große Dimensionen anzunehmen. Am vergangenen Sonntag haben in allen vier Kohlenbecken Versammlungen stattgefunden, die von Tausenden besucht waren. Die Bewegung richtet sich hauptsächlich gegen eine neue Arbeitsordnung, welche die Zechenbesitzer einzuführen beabsichtigen.

Der französische Tabakarbeiter-Kongreß schloß seine vier-tägigen Verhandlungen am 3. Juli. Ueber den ersten Sitzungstag ist bereits berichtet worden. Von den weiteren Beschlüssen seien folgende erwähnt. In Beziehung auf Unfälle verlangte der Kongreß ein einheitliches Reglement für alle Staatsfabriken, Befreiung der Wälder und der Gänssingwirtschaft bei der Verteilung von Entschädigungen und Erhöhung des Krankengeldes von einem halben auf einen ganzen Tagelohn. — Daß die Staatsfabriken keine Muster in sanitärer Beziehung sind, zeigen die zahlreichen sanitären Forderungen des Kongresses: Verbesserung der Ventilation, Reinigung der Werkstätten in Abwesenheit des Personals, Einrichtung von Bädern und Waschräumen, Lieferung von Arbeitskleidern, Reinigung des Tabaks unter Vermeidung von Feuchtigkeit in den betreffenden Räumen, vollständige Durchführung der sanitären Vorschriften des Schulgesetzes von 1892 und des Dekrets von 1893, häufigere Besuche der Fabrikinspektoren. Alle Sektionen des organisierten Personals werden die Adressen der betreffenden Inspektoren erhalten, um diesen periodisch ihre sanitären Beschwerden zu übermitteln. — Ferner beschloß man die Abschaffung der Gratifikationsgelder, deren Betrag vielmehr zur Aufbesserung des Lohnes der älteren Arbeiter und Arbeiterinnen verwendet werden soll, und zwar bis zur Höhe des Durchschnittslohnes in der gegebenen Fabrik. — Die Einführung des Achtstundentages wurde einstimmig votirt.

Wie alljährlich schickte der Kongreß eine Abordnung an den Generaldirektor der Tabakmonopols zwecks Übermittlung der gestellten Forderungen. In einigen Punkten gab der Generaldirektor eine befriedigende Antwort. So wird der jährlich vom Parlament an Krankengeld bewilligte Betrag von 211 000 Franken fortan sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zu gute kommen, und nicht, wie bisher, nur den Mitgliedern der gegenseitigen Unterstützungskassen. In Beziehung auf die verlangte Lohnreduzierung von 25 pCt. versprach der Generaldirektor, diese Forderung dem nächsten Budgetvoranschlag einzuverleihen, damit das Parlament darüber entscheiden kann. Schließlich werden Waderäume in allen Fabriken, wo sie noch fehlen, eingerichtet werden.

Ueber den amerikanischen Bergarbeiterstreik wird aus New-York unterm 6. Juli gemeldet: Tausende ungarische, slavische und italienische Bergarbeiter weigern sich am Streik theilzunehmen. Die amerikanischen Bergleute sind deshalb empört und nehmen gegen die ausländischen Kollegen Stellung, so daß Ruhestörungen zu befürchten sind.

Soziales.

Schulpflichtige Kinder dürfen nach einer Verordnung des Regierungspräsidenten zu Frankfurt a. O. von Unternehmern zu Feldarbeiten nur dann herangezogen werden, wenn sie sich durch ein Zeugnis des Lokal-Schulinspektors über die Einschulung am Orte der Arbeit ausgewiesen haben. Ebenso dürfen auch Arbeiter, in deren Begleitung sich schulpflichtige Kinder befinden, ohne diesen Ausweis nicht beschäftigt werden. Zuwiderhandlungen ziehen eine Polizeistrafe von 6 M. für jedes schulpflichtige Kind nach sich, und zwar sowohl für den Arbeitgeber, als auch für den Vor-schmittler. Ferner sind die Arbeitgeber verpflichtet, die von auswärtig zukommenden schulpflichtigen Kinder beim Schulinspektor anzumelden, während die Eltern verpflichtet sind, beim Anzuge die Kinder dem Lokal-Schulinspektor vorzuführen. Verhältnisse dieser Verpflichtungen haben für die Arbeitgeber eine Strafe von 6 M. für den Fall zur Folge, für die Eltern von 1 M.

Der Bericht über die dänische Fabrikinspektion für das Jahr 1896/97 ist soeben erschienen. Es fanden 6537 Betriebe unter Aufsicht, die sich 1. auf Fabriken und fabrikmäßig betriebene Werkstätten, 2. auf Meierien und Landwirtschaft mit mechanischer Triebkraft und 3. auf andere Betriebe erstreckt, die feste oder bewegliche Maschinen benutzen. Die Rubrik 1. umfaßt 2685 Betriebe, in denen 50 318 erwachsene Arbeiter, 3208 Kinder im Alter von 10—14 Jahren und 4767 junge Arbeiter im Alter von 14—18 Jahren beschäftigt werden. Die Kinder zerfallen in 2767 Jungen und 441 Mädchen, von den jugendlichen Arbeitern waren 3911 männlichen und 856 weiblichen Geschlechts, von den Erwachsenen 40 391 Arbeiter und 9977 Arbeiterinnen. Die meisten Kinder sind in der Zigarrenindustrie beschäftigt, nämlich 1592 Jungen und 185 Mädchen, dann folgen die Wollfabriken mit 200 Jungen und 68 Mädchen und die Glaswerke mit 155 Jungen und 20 Mädchen. — Die meisten Frauen (2280) sind in den Baumwollen- und Seidenfabriken beschäftigt. Dann folgen die Wollfabriken (1575), Tabak- und Zigarrenfabriken (1424).

Die Arbeitszeit in Kopenhagen stellt sich folgendermaßen: bei 24 pCt. der Betriebe auf 7 1/2 Stunden und darunter, 44 pCt. 10 Stunden, 21 pCt. 10 1/2 Stunden und 6 pCt. 11 Stunden und darüber. In der Provinz ist die Arbeitszeit durchgehend noch länger. In Unglücksfällen sind im Laufe des Jahres 124 zur Meldung gekommen, unter den Beschädigten sind namentlich Kinder und Halberwachsene! 12 Unglücksfälle führten den Tod herbei. Uebertretungen des Fabrikgesetzes hinsichtlich der Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern kamen 22 vor, hinsichtlich der Dampfessel-Revision 44 Fälle. Die Strafen sind, selbst in Fällen, in denen die Uebertretung hätte Lebensgefahr herbeiführen können, verhältnismäßig gering gewesen.

Geriichts-Beitrag.

Der von den Berichtigungen handelnde § 11 des Preßgesetzes hat kürzlich zu einer Entscheidung des Kammergerichts Anlaß gegeben, über die wir der „N. A. Ztg.“ folgendes entnehmen: Die Berichtigung selbst muß so beschaffen sein, daß sie einschließend der Unterschrift des Namens ohne Einschaltungen und Weglassungen erfolgen kann. Dies folgt zwingend aus der Bestimmung des Gesetzes, daß die Berichtigung ohne Einschaltungen und Weglassungen aufgenommen werden muß. Der Redakteur ist weder berechtigt noch verpflichtet, aus einer Berichtigung dasjenige, was sich gegen tatsächliche Angaben richtet und wieder Thatsachen enthält, herauszuschälen und diesen Rest der Berichtigung aufzunehmen. Enthält die Berichtigung vielmehr auch nur einen Satz, der über den Namen einer zulässigen Berichtigung hinausgeht, so kann der Redakteur die ganze Berichtigung ablehnen. Das Kammergericht als letzte Instanz in diesen Sachen hat diesen Rechtsfall in einem in dem neuesten Jahrbuch seiner Entscheidungen abgedruckten Urtheil (Bd. 16 S. 483) ganz klar zum Ausdruck gebracht. Der angeklagte Redakteur war vom Berufungsgericht wegen Nichtaufnahme einer Berichtigung verurtheilt. Das Kammergericht hat auf eingelegte Revision das Urtheil aufgehoben und den Angeklagten von Strafe und Kosten freigesprochen. In den Gründen heißt es: „Der die Berichtigung verlangende Brief enthält einen Schlupfstein, von welchem äußerlich durch den Abfall bei den Worten: „Wenn Ew. Wohlgeboren“ als auch durch den Inhalt erkennbar ist, daß er nicht mehr zur Berichtigung gehört. Durch das Einschalten dieses Schlupfsteins zwischen die Berichtigung und die Namensunterschrift ist aber ein formeller, wesentlicher Mangel der Berichtigung herbeigeführt. Außer den Erfordernissen, daß die Berichtigung sich auf

Thatsachen beschränke und keinen strafbaren Inhalt habe, verlangt der § 11 des Preßgesetzes, welcher Vorschriften formaler Natur enthält und demgemäß ganz strikt ausulegen ist, daß die Berichtigung unterschrieben ist. Die Berichtigung muß daher, wie aus dem gesammelten Inhalt zu entnehmen ist, so abgefaßt und beschaffen sein, daß sie einschließend der Unterschrift des Namens ohne Einschaltung und Weglassungen erfolgen kann. Vorliegend hätte der Angeklagte, um eine unterzeichnete Berichtigung herzustellen, den Schlupfstein weglassen müssen; hierzu war er weder verpflichtet noch berechtigt. In den Vorschriften in § 11 auch nur in einem Punkte nicht genüge gethan, so ist der Redakteur nicht verpflichtet, die Berichtigung aufzunehmen.“

Der Prozeß Koshemann und Genossen wird am 9. Juli vor dem Reichsgericht verhandelt werden. Die von den Verteidigern Rechtsanwälten Schöpß, Biber und Berthauer eingelegte Revision stützt sich u. a. darauf, daß die Geschworenen durch Auseinandernehmen der Maschine im Verhandlungszimmer eine selbstständige Beweisaufnahme ohne Hinzuziehung der übrigen Prozeßbeteiligten vorgenommen haben sollen. Dem Antrage der Verteidigung, über diesen Revisionspunkt Beweis zu erheben, hat das Reichsgericht bisher nicht stattgegeben.

Beamte der Kottbuser Polizei beleidigt zu haben, war der Redakteur der „Märkischen Volksstimme“, Genosse J a y p a y, angeklagt und hatte sich vierhalb am Dienstag vor der Strafkammer in Frankfurt a. O. zu verantworten. Die „Volksstimme“ hatte eine Korrespondenz aus Kottbus gebracht, worin berichtet wurde, daß am Tobiensonntag v. J. ein Dienstmädchen während eines Spazierganges infolge eines schweren Wagenstolzes auf der Straße zusammengebrochen, dann nach der Polizeiwache gebracht, von den Beamten für eine total betrunzene Prostituirte erklärt und gemeinsam mit anderen Prostituirten eingesperrt worden sei. Auch die Dienstherrin des Mädchens sei, als sie am folgenden Tage auf der Wache nach dem Verbleib des Mädchens fragte, von den auf der Wache befindlichen Beamten und auch vom Polizei-Inspektor, den sie in seiner Wohnung aufsuchte, in schroffer Weise abgewiesen worden. An die Darstellung dieses Falles hatte die „Volksst.“ eine Kritik der Kottbuser Polizei geknüpft und bemerkt, daß ähnliche Mißgriffe von Beamten schon mehrfach vorgekommen wären. Bezüglich des letzteren Punktes ergab die Beweisaufnahme, daß zwei achtbare Mädchen von Polizeibeamten abends auf der Straße angehalten und nach ihrem Namen gefragt wurden. Eine derselben mußte dem Beamten sogar behufs Festhaltung ihres Namens zur Wache folgen. Bezüglich der in dem Artikel angeführten Thatsachen ergaben die Zeugenansagen allerdings eine in einigen Punkten abweichende Darstellung. Das stürzte Dienstmädchen — von dem feststeht, daß sie nicht betrunken war — behauptete, daß sie während ihrer Haft von der Frau des Gefängniswärters mit Schimpfworten wie „alte besoffene Sau“ belegt worden sei. Auch die Dienstherrin gab an, daß die Polizeibeamten auf der Wache und namentlich der Gefängniswärter sie in einer so rohen Weise behandelt hätten, wie es ihr noch nie vorgekommen sei. Das der Artikel über das Verhalten des Polizei-Inspektors behauptete, erwies sich als eine Verwechslung mit der Kerpierung eines Beamten über den Inspektor. Die Schimpfereien des Gefängniswärters und seiner Frau stellten diese, allerdings in sehr unflüchtern Ausdrücken, in Abrede, wobei ihnen eine mit dem Dienstmädchen gleichzeitig inhaftirt gewesene Prostituirte sekundirte. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, während Rechtsanwalt W o l f s g a n g H e i n e den Wahrheitsbeweis in den wesentlichen Punkten für erbracht und, falls der Gerichtshof zu einer Verurteilung kommen sollte, eine Geldstrafe für angemessen hielt. Der Angeklagte wurde dann auch zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurtheilt.

Der Verein der Schleifer in Iserlohn hielt am 26. Juni 1896 eine Versammlung ab, in der die Lohnverhältnisse in der Fabrik von Beder besprochen werden sollten. Die Versammlung sollte sich auch mit der Frage beschäftigen, ob es nicht vielleicht den vorhandenen Zuständen gegenüber angebracht sei, zum Mittel des Streiks zu greifen. Der Vereinsvorsitzende meldete die Versammlung der Polizei nicht an, weil er es mit Rücksicht auf ihren rein beruflichen Charakter für überflüssig hielt. Genosse R a u e, der als Redner auftrat, erhielt jedoch mit der Begründung ein Strafmandat über 15 M., daß er sich gegen die §§ 1 und 2 des Vereinsgesetzes vergangen habe. Er habe unbefugterweise in einer Versammlung geredet, die der polizeilichen Anmeldung bedürftig hätte, da in ihr öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollten und thatsächlich auch erörtert worden seien. Auf das Verlangen des Angeklagten nach richterlicher Entscheidung befähigte das Schöffengericht das Strafmandat. R a u e legte Berufung ein und machte geltend, daß es sich hier nur um eine gewöhnliche Vereinsversammlung handle und daß man in ihr politische Dinge gar nicht berathen würden. Man habe darüber debattirt, ob nicht etwa ein Streik nothwendig und gut sei, und auch er habe in seiner Rede nur zu dieser Frage Stellung genommen. Uebrigens könne man ihm ein schuldhaftes Verhalten nicht vorwerfen, denn es habe ihm der Vorsitzende mitgetheilt, daß die Versammlung keiner besonderen Anmeldung bedürfe. Die Polizei, die genutzt habe, daß alle 14 Tage eine Vereinsversammlung stattfindet, habe in Iserlohn im allgemeinen auch wenig Werth auf die Versammlungsanzeigen gelegt. Die Berufung wurde indessen als unbegründet zurückgewiesen. Die erfolgten Erörterungen seien als sozialpolitische und damit als Erörterungen öffentlicher Angelegenheiten anzusehen; also hätte die Versammlung angemeldet werden müssen, seien doch jene Erörterungen beabsichtigt gewesen. Die falsche Information R a u e's ändere an seiner Strafbarkeit nichts. Die Revision des Angeklagten wurde gestern vom Straßenrat des Kammergerichts verworfen. Der Vorderrichter habe ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Auf jeden Fall habe R. schuldhaft gehandelt; er hätte sich vom Vorsitzenden die polizeiliche Anmeldungsbefreiung vorlegen lassen müssen. Ganz gleichgültig sei für den vorliegenden Fall, ob die Polizei sonst lässig vorgegangen sei.

Deyesshen und letzte Nachrichten.

Wien, 6. Juli. (B. S.) Einer Prager Meldung der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ zufolge sollen die Ausgleichsversuche des Grafen Badien von deutscher Seite auf das entschiedenste abgelehnt worden sein. Der Reichsrath Badien's sei baldigst zu erwarten; Freiherr v. Gantsch werde mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden. Derselbe werde die Sprachenverordnungen zurückziehen und den Versuch unternehmen, die Junggehehen und übrigenfalls auch die feudalen Reichsräthe zu isoliren, wobei ihm die gesammte Linke, die Christlich-Sozialen, die Deutsch-Konservativen und der Polenklub unterthänig dürften.

Triest, 6. Juli. (B. S.) Der in den Dardanellen ausgefahrene Lloyd-Dampfer „Memphis“ ist wieder flott gemacht.

Leipzig, 6. Juli. (B. S.) Infolge eines Wortwechsels zwischen einem Gastwirth und einem Soldaten kam es in Larnow zu blutigen Straßengefechten. Insanternisten überfielen die Häuser der Juden und die Synagoge. Ein Jude wurde getödtet, ein anderer schwer verletzt.

Mailand, 6. Juli. (B. S.) In ganz Italien herrscht andauernd eine unerträgliche Hitze. Es sind meist 41 1/2 Grad C. im Schatten. Hier, in Florenz, Ferrara, Padua und anderen Städten ist kein Eis mehr zu bekommen. Während eines Uebungsmanövers des Alpenjäger-Regiments wurden 21 Mann vom Sonnenstich befallen; ein Corporal blieb sofort todt.

Kiew, 6. Juli. (B. S.) Hier kam man großen Unterschlagungen, welche ein Verwaltungsrathmitglied der Dickerkafkaer Zucker raffinerien verübt hat, auf die Spur. Der Betreffende hat auch bei anderen Unternehmungen, bei denen er ebenfalls Ehrenstellen bekleidete, Betrügereien in Höhe von 200 000 Rubeln ausgeführt. Er wurde in dem Augenblick verhaftet, als er ins Ausland flüchten wollte.

Lokales.

Den Parteigenossen des 6. Wahlkreises zur Nachricht, daß am 17. Juli in der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße 58, ein Sommerfest stattfindet, bestehend in Vokal- und Instrumentalkonzert, unter Mitwirkung der Gesangsvereine „Sangeslust II“, „Weddinger Harmonie“ und „Nordwacht“, turnerische Aufführungen von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“. Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr an geöffnet. Da das Fest vorzüglich zu werden verspricht, machen wir die Genossen schon jetzt darauf aufmerksam. Das Komitee.

Wie das Mädchen aus der Fremde erscheint alljährlich wieder mit Eintritt der heißen Jahreszeit in den Spalten der bürgerlichen Presse die Dienstbotenfrage in allen Variationen. So gehalten auch die gesammten diesbezüglichen Betrachtungen an sich sind, am dümmsten, ja geradezu blödsinnig sind diejenigen, denen man die „laure Garke“ auf den ersten Blick anmerkt, die aber dem Lesepublikum allen Ernstes angesetzt werden. So wird zum Beispiel jetzt wieder von einer Köchin — denn eine Köchin muß es schon insofern sein, da eine solche für gewisse Leute noch immer eine Respektsperson ist, indem die „gnädigen Frauen“ vom Kochen nichts verstehen und dem „gnädigen Herrn“ ein guter „Hoppens-Popper“ so recht nach dem Schnabel ist — berichtet, die sich vernehmen wollte, vor Abschluß des Vertrages aber sich zwei freie Nachmittage in der Woche anbehang, „weil sie gern größere Ausflüge auf ihrem Privatrad mache und des Sonntags es liberal so voll sei — nur so gewöhnliches Publikum!“ — In einem anderen Falle wird berichtet von einer Köchin, die ein unverschämter Herr „mitnehmen“ wollte, der sich aber in die Bedingungen setzen sollte, daß die Köchin ihr Piano in sein Zimmer stelle! Natürlich sind dies alles plump erfundene Sachen, in dessen — manche Leute glauben es doch, und standhaftesten nun nach Perzeßlust über die Ansprüche der Dienstmädchen im Besonderen und der Arbeiter im Allgemeinen, und damit ist der Zweck jener Hundstagsblätter erreicht. Die der Gesinnung unterstehenden Hausarbeiterinnen werden gemeinhin noch als rechtlose Hausflavinnen betrachtet. Aber auch sie haben sich erfreulicherweise etwas ausgetüchtelt und sich auf ihre Menschenrechte besonnen. Dies wird ihnen nicht verziehen, darum trachtet man sie in Mißkredit zu bringen, ihre Ansprüche als unerbört zu kennzeichnen, wie ja die Forderungen der Arbeiter im Allgemeinen stets als „maßlos“ verschrien werden. Mit welchen „geistigen Waffen“ gegen den Uebermuth der Arbeiter gekämpft wird, das veranschaulicht zur genüge folgendes Inserat: „Bauarbeiter-Gesuch! Es werden Maurer und Zimmerleute unter folgenden Bedingungen gesucht: Der Mann erhält 9 M. Tagelohn nebst freier Kost, Bier und Zigarren. Die Arbeiter werden in nur guten Landauern nach dem Bauplatz gefahren, nach Hause können sie reiten. Die Arbeitszeit beginnt um 8 Uhr, wo die Leute Kaffee und Sahne und Zucker erhalten. Wer Thee trinken will, kann sich Rum oder Milch dazu nehmen. Es werden dazu Semmeln oder Kuchen verabfolgt. Wer sich Semmeln schmieren will, erhält dazu Butter, Gänsefett oder Honig. Von 9—10 Uhr wird Thee mit Rum servirt, dazu giebt es weiche Eier, Kaviar, Sardellen, Jervelatwurst, rohen Schinken und Schweinehälften. Der Polier liest dabei die Zeitung vor. Von 12—2 Uhr wird zu Mittag gespeist. Hinsichtlich der traurigen Verhältnisse kann nur Suppe, Rindfleisch mit Gemüse, Braten und Salat. Mehlspeise, Butter, Käse und Brot gegeben werden. Der Mann erhält 8 Liter Lagerbier dazu, zum Dessert ein Glas Rimmel oder Kognak. Der Polier liest die „Fliegenden Blätter“ vor. Von 3—4 Uhr wird Kaffee getrunken, wozu frischer Kuchen verabreicht wird. Um 6 Uhr ist Feierabend und wird ein Jambis von kaltem Braten, Wurst, Schinken, Fertigen oder geräucherem Lachs verabreicht, wozu der Mann 8 Liter Bier oder eine halbe Flasche Doppellümmel erhält. Jeden Morgen werden pro Mann 8 Stück Zigarren, ein halbes Pfund Prim- oder Schnupftabak vertheilt; dazu Feuerstein mit Schwamm. Von 4—6 Uhr spielt die Militärmusik. Außerdem liegt ein Fass Bier zum beliebigen Gebrauch bereit. Wir hoffen, daß wir unter solchen Bedingungen die genügende Anzahl Arbeiter finden und sich dieselben dann nicht mehr zum Streit verleiten lassen werden. Zu melden 1897 in der Kellerschänke.“

Und das sind die „geistigen Waffen“ der Bourgeoisie, welche sie anwendet, wo die brutale Gewalt versagt, um die Arbeiterbewegung, die Kämpfe der Arbeiter und Arbeiterinnen um bessere Existenzbedingungen, zu bekämpfen, in den Roth zu ziehen. Wie lächerlich! Schwamm drüber!

Die Einführung elektrischer Kraft zum Antrieb von Maschinen hält der Gewerbe-Inspektor in seinem letzten Jahresbericht im Interesse des Schutzes von Arbeitern gegen Unfallgefahr von großem Nutzen. Die Zahl der Motoren, für deren Betrieb die Berliner Elektrizitätswerke Kraft abgeben, ist von 928 mit 8884 Pferdestärken im Vorjahre auf 1698 mit 6110,5 Pferdestärken im Jahre 1896 gestiegen. Von den 1698 Motorenbetrieben: Pressen 372 mit 1379 Pferdestärken, Aufzüge 888 mit 1960, Ventilatoren 226 mit 177,2, Maschinen für die Metallverarbeitung 186 mit 644,9, Maschinen für die Holzbearbeitung 77 mit 310,9, Schleif- und Poliermaschinen 74 mit 293,7, Maschinen für Papierbearbeitung 92 mit 197,4, Maschinen für Fleischereibetrieb 57 mit 192,5, Tischsäge- und Schneidmaschinen 21 mit 20,1, Nähmaschinen 16 mit 25,0, Spulmaschinen 15 mit 30,5, Spul- und Waschmaschinen 14 mit 67,0, Maschinen für galvanoplastische Zwecke 13 mit 43,1, Hüttenmaschinen 13 mit 22,7, Maschinen für Lederbearbeitung 11 mit 56,5, Antrieb von Dynamos 3 mit 63,5, verschiedene Arbeitsmaschinen 205 mit 628,4 Pferdestärken. Die Zahl der elektrisch betriebenen Arbeitsmaschinen ist selbstverständlich weit größer, als die in dieser Liste aufgeführten, die nur von einer Zentralfabrik aus gespeist werden. Auch dem Laien wird es auffallen, daß verhältnismäßig viele kleinere Betriebe, die bis dahin wohl der Motoren zum Theil entbehren mußten, elektrische Kraft anwenden. Es giebt Leute, die daraus einen neuen Aufschwung des Kleinhandwerks erhoffen. Als ob die Konzentration der Produktionskräfte und die Uebermacht des Großkapitals nicht durch hundert andere Umstände gefördert würde!

Von den Magistrats-Hilfsarbeitern. Uns wird geschrieben: Der Magistrat sieht die mit Kanzlei-Arbeiten beschäftigten Hilfsarbeiter als „Arbeiter“ an, indem er dieselben ohne weiteres dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz — Zwang ohne Ausnahme auch dann unterwirft, wenn deren Jahres-Arbeitsverdienst nicht nach § 1 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes für die Versicherungspflicht höchsten zulässigen Betrag von 2000 M. bis um ein Fünftel desselben übersteigt und auch in der von Magistrat geführten Einkommensnachweisung auf 2400 M. angegeben ist. Diese „wohlthätige Fürsorge“, die sich mit Rücksicht auf die Motive, denen sie entspringt, nämlich als Vorkaufsrecht bezeichnen ließe, verdient umsonst Beachtung, als dieser Versicherung hinsichtlich der Beitragshöhe nicht der tatsächliche Jahres-Arbeitsverdienst, nachdem die Versicherung in der IV. Sozialklasse unter höheren Beiträgen mit Aussicht auf eine höhere Rente zu erfolgen hätte, sondern der örtliche Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner zu Grunde gelegt wird, der in Berlin so niedrig bemessen ist, daß mit der Versicherung in der III. Sozialklasse dem Gesetz zum Schaden des Versicherten genüge geschieht. Ganz anders verhält es sich aber mit der Sicherstellung gegen Krankheiten dieser sogenannten „Hilfsarbeiter“. Denn da keine Krankenkasse besteht, sind nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes die bei den Kommunalverbänden beschäftigten Personen von dieser Versicherungspflicht nur dann befreit, wenn sie Anspruch auf Fortzahlung ihres Gehaltes auf die Dauer von 13 Wochen (drei Monaten) nach der Erkrankung oder auf eine im § 6 bezeichnete Unterstützung haben. Daß der Magistrat im Vorjahre einem dieser „Arbeiter“ für einen sechswoöchigen Erholungsurlaub nur 60 Mark „Unterstützung“ aus Gnade gewährte und zwar

nicht, ohne daß über seine bedürftige Lage die weitgehendsten peinlichsten Erkundigungen eingezoogen und ein günstiger Bericht über seine Würdigkeit eingegangen war, ist als ein Zeichen für billige Anwendung der „Arbeiterchutz-Gesetzgebung“ nicht anzusehen, ebenso wenig wie diese „Arbeiter“ nach einem 25 Jahre alten Lohnstarke vom Jahre 1872 „arbeiten“ müssen, nach welchem der Verdienst je nach Günst der Verhältnisse entweder unverändert hoch oder unverändert niedrig ausfällt und großen Schwankungen trotz großer Anstrengungen unterworfen ist.

In dem ehrengerichtlichen Verfahren gegen den Rechtsanwält Dr. Leipziger vom hiesigen „Kleinen Journal“ findet morgen, Donnerstag, vormittags 9 Uhr, vor dem Ehrengericht der hiesigen Anwaltskammer im Kammergerichts-Gebäude Verhandlung statt.

Endlich! Den Vertrag über die Umwandlung des Pferde-Eisenbahnbetriebes in einen elektromotorischen hat der Magistrat vollzogen der Direktion der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft überhandt, um denselben überseits zu vollziehen. Damit haben die Verhandlungen über diese Angelegenheit, welche einen Zeitabschnitt von beinahe vier Jahren in Anspruch nahmen, ihre Abschlus erreicht.

Die Turnlehrerinnen-Prüfung ist auf den 22. November d. J. anberaumt. Meldungen sind spätestens bis zum 1. Oktober d. J. bei dem Polizeipräsidenten einzureichen. Die über Gesundheit, Führung und Lehrthätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgefüllt und zu einem Heft vereinigt sein.

Kocher mit Gas! Dieser kategorische Imperativ, dem zur Zeit immer mehr Folge gegeben wird, macht der Innungsbrüderchaft Wagenbesitzer. In der letzten Sitzung des Ausschusses der vereinigten Innungen Berlins stand eine Zuschrift der Töpfer-Innung zu Dresden zur Debatte, die sich gegen die „Ansprüchungen“ betreffend die Verwendung von Gas zu Koch- und Heizwecken wendete. Der Ausschuss war verständig genug, über diese rückwärtschreitende Zuschrift mit einigen wohlwollenden Worten zur Tagesordnung überzugehen. Charakteristisch für das fortschrittliche und kulturfeindliche Wesen, das in den Innungen herrscht, bleibt das Sendeschreiben immerhin.

Das große Gelbild von Ernst Hilbrand: „Lullia überführt den Leichnam ihres Vaters“, welches mit der großen goldenen Medaille ausgezeichnet worden ist, hat Professor Schauer der Stadtgemeinde Berlin als Geschenk überwiesen. Das sehr wertvolle Kunstwerk gelangt jetzt im Festsaal des Rathhauses zur Aufstellung.

Unparteiische Lohnfürzungen. Eine angenehme Ueberraschung hat am 1. d. Mts. die deutsche Zeitungsgesellschaft Hachfeld, Schmitz u. Komp., Wilhelmstr. 29, den Berliner Verichterstattern bereitet. Diesen wurden bei der Abrechnung über den vergangeneu Monat eröffnet, daß der „Berliner Herald“ für durchgeschriebene Verichte statt 5 nur noch 3/4 Pfg. die Zeile bezahle. Selbstverständlich lassen sich die meisten Verichterstatter dieses merkwürdige Verhalten nicht gefallen; sie werden sich durch das Vericht ihr Recht suchen, bevor die Platten noch weiter in die Presse gehen; sie sind auch für die Zukunft nicht gewillt, ihre Arbeit der Gesellschaft für einen Schandpreis zu liefern.

Infolge des großen Brandes in der Chausseestraße hat der Betrieb der Nachtomnibusse auf allen drei Linien der Omnibus-Kompagnie Berlin, wo sich die erste Berliner Nachtomnibus-Gesellschaft nennt, vorläufig eingestellt werden müssen, da die Gesellschaft an Pferden wie Wagen durch den Brand bedeutenden Schaden erlitten hat. Von den Pferden sind nicht weniger als 35 verbrannt und ebenso viele demnach schwer verletzt worden, daß sie trotz der ärztlichen Behandlung, in der sie sich augenblicklich befinden, für den schweren Omnibusdienst wohl nicht mehr tauglich sein werden. Ebenso sind die meisten Wagen zum Theil stark beschädigt und müssen, ehe sie wieder in den Betrieb eingestellt werden können, gründlich reparirt werden. Die Fahrten sollen im Laufe des Monats wieder begonnen werden. Die einzige Tagelinie der Omnibus-Kompagnie Kottbuser Thor—Neues Thor, auf welcher der Betrieb infolge des Brandes vorläufig ebenfalls eingestellt werden mußte, kann jedoch erst zu Anfang des August wieder eröffnet werden.

Der Roman der Samoanerinnen in Berlin. Unter diesem Titel hat Herr Karl Marquardt, der Führer der Samoanertrippe, welche bis vor einigen Monaten im Passage-Panoptikum ausgestellt war, eine Rechtfertigungsschrift herausgegeben, die sich gegen den bekannten Vorwurf der Frauenmißhandlungen wendet. Herr Marquardt verspricht, daß er die Angelegenheit demnächst vor Gericht zum Austrag bringen werde. Da die Öffentlichkeit somit auf jeden Fall noch von der Angelegenheit in Anspruch genommen wird, erübrigt sich wohl, auf die Rechtfertigungsschrift und die in ihr enthaltenen schweren Vorwürfe gegen die Direktion des Passage-Panoptikums vorab einzugehen.

Der Verein der Militärinvaliden, Veteranen und Militär-anwärter von Berlin und Umgegend (Vors. Pirsch) hat sich der im Justizdienste angestellten Unterbeamten, welche zum größten Theil Mitglieder des Vereins sind, angenommen und eine Petition vorgebracht, die an das Haus der Abgeordneten gerichtet werden soll. Es wird darin auf die ungünstigen, den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Gehaltsverhältnisse hingewiesen. Die Petenten erbitten eine Erhöhung des Maximalgehalts von 1500 auf 1800 M., Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses von 240 auf 400 M. und für die Hilfsbeamten Erhöhung der Diäten auf 8 M., sowie deren Anstellung nach halbjährigem Probedienst.

Zahlreiche Vergiftungen durch Genuß von Krebsen sind in dem Hause Kollodierstraße Nr. 50 vorgekommen. Einer der Vergifteten, der 47 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Hähnsche, ist gestorben, die anderen sind wieder hergestellt oder befinden sich auf dem Wege der Besserung. Der Hauswirth Schmiedewerth Rudowitsch feierte am 2. d. M. seinen Geburtstag. Seine Frau ludte zur Feier des Tages Krebs, die sie in der Markthalle an der Dorotheenstraße gekauft hatte. Da weniger Gäste zur Geburtstagsfeier erschienen, als man erwartet hatte, so gingen die Krebs fast durch das ganze Haus, und so erkrankte die Massenvergiftung. Eine Tochter des Arbeiters Hähnsche war Frau Rudowitsch beim Kochen zur Hand gegangen und brachte ihrem Vater einen Krebs in die Wohnung hinauf, wie sie bestimmt erklärte, nur einen einzigen. Hähnsche aß davon den Schwanz, die übrigen Theile überließ er seinem Stiefsohne Alfred Jergang. Im Laufe der Nacht erkrankten alle Personen, die von den Krebsen gegessen hatten, Hähnsche und sein Sohn am schwersten. Noch in der Nacht wurden verschiedene Aerzte zu Hülfe gerufen. Dem ersten, der zu ihm kam, verschmägte Hähnsche, der von den anderen Erkrankten noch nichts wußte, daß er Krebs gegessen habe, er lagte ihm lediglich über Erbrechen und Kopfschmerz. Als nun später im Zusammenhang mit den anderen Hähnsche ein zweiter kam, war es schon zu spät; der Mann lag bereits im Sterben und die Gegenmittel schlugen nicht mehr an. Die übrigen Erkrankten wurden durch geeignete Gegenmittel gerettet. Am schwersten leidet noch der Stiefsohn des Verstorbenen. Auf dem Wege der Besserung befinden sich eine Tochter des Hauswirthes, die zwei Tage lang ununterbrochen in Krämpfen gelegen hat, die Frau des Schmiedes Behrend und ihre beiden kleinen Töchter im Alter von drei und vier Jahren, die nur ein Stückchen vom Schwanz bezw. einen ganzen Krebs und einige Scherzen gegessen hatten, eine Arbeiterfrau Herrmann, bei der die Vergiftungsercheinungen weniger stark auftraten, eine Frau Giroux, die mehrere Krebs aß und ziemlich schwer erkrankte, Frau Borch und der Kaufmann Stridert und seine Frau. Als Gegenmittel wirkten günstig heiße Milch, Kognak und Rhizinusöl.

Ein eigenartiges Stückchen von Bahubeamten-Bureaukratismus passirte dieser Tage einem Berliner Speisewirth B. auf dem Bahnhof in Wilmersdorf. Herr B., der sonst sehr modern gelehrt war, aber wegen der großen Hitze seinen Hut zu Hause gelassen hatte, wurde einfach, als er die Billeterie passieren wollte, mit der Frage: „Wo haben Sie Ihren Hut?“ angehalten! Er wurde bedeuert, daß er ohne Hut nicht fahren dürfe, und daß ihn die Bahn nicht barhäuptig mitnehme! Erst nach längerem Protestiren und nachdem B. die Beamten um die betreffende Instruktion ersucht hatte, die es natürlich nicht giebt, bequeme man sich dazu, ihm seinen Fahrschein zu leupiren und ihn auch ohne Hut mitfahren zu lassen. — Diese Geschichte erinnert an ein Vorkommniß, welches einem Leser der „Nat.-Ztg.“ vor längerer Zeit im Schlosspark zu Schönhausen passirte. Der Herr schreibt dem Blatt: „Ich promenierte dort an einem heißen Tage und halte meinen Hut in der Hand. Da näherte sich mir ein Mann, der freundlichen Tones zu mir sagte: „Sie könnten Ihren Hut auch wohl dranhin abnehmen.“ Ich verstand ihn erst nicht recht und wollte schon für seine Unverschämtheit danken, als ich eine Dienstklappe auf seinem Haupte bemerkte. Noch zögerte ich, seiner gütigen Aufforderung nachzukommen. Er aber setzte eine strenge Kontonienne auf und richtete an mich die Worte: „Sie scheinen mich nicht verkonden zu haben: Es ist nicht gestattet, im Park den Hut abzunehmen.“ Natürlich gehorchte ich nun als guter Unterthan sofort und zerbröche mir seit jener Zeit den Kopf über die Frage: Versteht es gegen die gute Sitte, barhäuptig in einem königlichen Park spazieren zu gehen?“

Lehrlingsaushebung. Der Ingenieur Wildt hat in der Chausseestr. 20 eine Werkstatt für mechanische Arbeiten, in welcher zur Zeit 14 Lehrlinge beschäftigt werden. Schissen sind dort nicht thätig. Die Lehrverträge werden mit den Eltern derartig abgeschlossen, daß für eine dreijährige Lehrzeit 150 M. Lehrgeld gezahlt werden muß; das Lehrgeld ist innerhalb der ersten neun Monate der Lehrzeit zu entrichten. Für Kost und Logis haben die Eltern zu sorgen, ebenso wissen sie sich kontrollich zur Zahlung der Krankenkassen-Beiträge verpflichtet. Das sind strenge Bedingungen, aber die Eltern erwarten wenigstens, daß ihr Söhne etwas Tüchtiges lernen. Damit hapert es jedoch sehr. Einmal läßt seine ausgedehnte Korrespondenz Herrn Wildt wenig Zeit zum Anlernen, dann ist aber auch die Art der Arbeit so, daß wenig dabei zu lernen ist. Die meisten Arbeiten, welche bei Herrn Wildt angefertigt werden, werden in anderen Instituten schon von ungelerten Arbeitern gemacht. Und dann werden die Lehrlinge auch nur auf bestimmte Theile eingearbeitet. Herr Wildt scheint aber auch einer derjenigen Lehrherren zu sein, die geru den Prügel gebrauchen. Zwei Lehrlinge hatten miteinander Redereien wegen des Werkzeuges. Der Lehrherr fährt mit einem Stock aus hartem Holz dazwischen und schlägt dermaßen auf den einen Lehrling ein, daß zwei Aerzte nach Beschichtigung der Mißhandlung äußerten: noch ein Schlag hätte genügt, den einen Arm vollständig zu ruiniren. In dem ärztlichen Akteß heißt es, daß die Folgen der Mißhandlung noch nicht abzuheben sind. Die Eltern haben den Fall der Staatsanwaltschaft unterbreitet.

Auf der Brandstätte in der Chausseestraße traten gestern Vormittag noch einmal zwei Vorfälle mit zwei mechanischen Leitern in Thätigkeit. Der eine arbeitete von dem Garten des Garnison-Lazareths, der andere von der Chausseestraßenseite des Altienhofes an dem angebrannten Wohnhause und stießen die gefährdenden, zum Theil fast frei in der Luft hängenden, morschen Mauerstücke, namentlich von dem Thurm in das Innere hinab. Als sie dann abbrückten, blieb nur eine Brandwache von drei Feuerwehrenten zurück, um mittelst eines an den Hydranten angeschraubten Schlauchrohrs die noch immer wieder ausbrechenden kleinen Flammen zu erlöchen. Im übrigen sind jetzt Privatleute dabei, die Pumpen und sonstigen Ueberreste zu beseitigen. Gestern war auch eine Kesselrevisionskommission an der Brandstätte, um zu untersuchen, ob von den zahlreichen Lokomobilen, die in dem Schuppen am Hinterhause der Woyenstraße standen und zum Theil in die brennende Lokomotivwerkstätte hinabstürzten, noch etwas zu benutzen wäre. Es wurde aber festgestellt, daß sämtliche Kessel durch die furchtbare Hitze ausgeglüht, unidicht und gänzlich unbrauchbar geworden sind.

Doppelselbstmord eines Liebespaars. Vor etwa 10 Tagen wurde im Grunewald unweit der Station die Leiche des 32jährigen Kaufmannes Solad aufgefunden, welcher sich mittelst seines Revolvers erschossen hatte. Ten Angehörigen des peluniar in guter Lage befindlichen Mannes war die Veranlassung zu dieser That nicht bekannt. Erst jetzt haben sie Aufklärung über die Ursache zu dem Selbstmorde erhalten. Er hatte im vergangenen Jahr hier selbst ein junges Mädchen kennen gelernt, welches als Kassiererin in einem Detailgeschäft thätig war. Das Mädchen, die 23jährige Martha Malloff, deren Eltern in einem Vororte Wiens wohnen, kehrte anfangs dieses Jahres auf Wunsch ihres Vaters nach Hause zurück. Die jungen Leute blieben zwar in brieflichem Verkehr, doch scheinen sich einer ehelichen Verbindung zwischen beiden erhebliche Schwierigkeiten entgegengestellt zu haben. Vor einigen Tagen erhielt ein hier wohnender Bruder des S. von den Eltern der M. die Mittheilung, daß sich das Mädchen in der elterlichen Wohnung vergiftet habe. In einem zurückgelassenen Schreiben, welches dem Briefe ebenfalls beilag, erklärte die jugendliche Lebensmüde, daß sie im Einverständnis mit ihrem Geliebten handele, welcher zur gleichen Stunde wie sie sterben werde. Thatsächlich haben auch beide an demselben Tage den gesuchten Tod gefunden.

In Besitze eines festgenommenen und vielfach vorbestraften Mannes wurden 21 Stück neue Double-Ringe mit verschiedenen Steinen, Perlen u. vorgefunden. Die Ringe befinden sich in einem rothbraunen, innen weißausgelegten Sammetetui zu 96 Ringen passend, auf der hinteren Seite des Etui befindet sich eingepreßt die Bezeichnung Musterschuh Nr. 4341. Etwaige Eigentümer wollen sich vormittags zwischen 9 und 1 Uhr im Polizei-Präsidenten porterre Zimmer 26, einfinden.

Ein unangefährter Leichenfund beschäftigt die Behörden. Magistr. 62 wohnte seit Weihnachten der 47 Jahre alte Klempner Albert Bley, dessen Frau sich seit August v. J. in der Irrenanstalt zu Herzberge befindet, während seine Tochter Annenst. 20 wohnen und in einer Parfümeriefabrik arbeiten; ein Knabe von zehn und ein Mädchen von fünf Jahren sind von der Waisenverwaltung in fremde Pflege gegeben. Bley, der Hilarbeiten machte und stark trank, wohnte mit einer Person, die polizeilich nicht gemeldet war, zusammen, die die Wohnung recht zweifelhafter Gesellschaft zur Verfügung stellte. Bley wurde nun seit Freitag Abend nicht mehr gesehen und gestern von dem Portier Herbert halb auf seinem Bette liegend todt aufgefunden. Die Kriminalpolizei rechnet, wie uns berichtet wird, mit der Möglichkeit, daß Bley keines natürlichen Todes gestorben, sondern von der Theilhaberin seiner Wohnung oder von Zubehörern, die bei ihr verkehrten, getödtet worden ist.

Erschossen hat sich in der Pallisadenstraße der 32jährige Barbier Zeile, Elisabethstraße 17 wohnhaft. Z. hatte einem Kollegen in der Pallisadenstraße einen Besuch abgestattet und erbat sich nach kurzem Aufenthalt dortselbst den Schlüssel zum Abort. Wenige Minuten später erdröhte der Knall eines Schusses. Man fand Z. auf dem Kloset als Leiche vor. Beweggründe zur That sind nicht bekannt.

Durch Verbrennen ist die 8 Jahre alte Tochter Martha des Schuhmachermeisters Göpel aus der Straßunderstr. 28 zu Tode gekommen. Das unglückliche Mädchen wollte, während sich die Mutter im Waschkeller befand und der Vater in seiner Werkstube arbeitete, in der Küche auf der Maschine Milch kochen. Da die Ofenthür nicht geschlossen war, so fing das Kleid des Kindes, als es nach der Milch sehen wollte, Feuer und stand bald in hellen

Preislisten für Sommer- u. Reiseartikel portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abtheilung Berlin W. Leipzigerstrasse. 111.

Glas

Einmachegläser mit Verschluss 38, 48, 55 Pf. ohne Verschluss 7, 9, 12, 15, 20, 25, 30 Pf. Geleegläser 6, 9 Pf. Fliegenfänger 10 Pf. Sturzkannen, weiss 18 Pf. Wasserflaschen 22 Pf., geschliffen 40 Pf.

Butterdosen 12 Pf. Käseglocken 35 Pf. Likörgläser, Schaalenform 6 Pf. Wiener Seidel 15 Pf. Weissbierpokale klein 24 Pf., gross 35 Pf. Theegläser mit Fuss, geschliffen 22 Pf.

Emaile

Eimer, Durchmesser ca. 28 cm marmoriert mit Deckel 1,30, blau 65 Pf. Schmortöpfe, grau u. blau Durchmesser ca. 16 18 20 22 24 cm ohne Ring 35, 48, 60, 70, 80 Pf. mit Ring 40, 58, 65, 75, 85 Pf. Kasserollen, grau u. blau mit Ring 40, 48, 60, 70, — Pf. Wasserkessel, grau — 70, 80, 90 Pf. Seifenhalter, marmoriert 17 Pf.

Porzellan

Kaffeeteller mit Köpfen 9 Pf., mit Rankenmuster 10 Pf. Salztöpfe, Blumenmuster, 6 Stück 1,25, 1,50 Mk. Eisschalen, weiss, 8 Pf. Butterdosen, weiss, ca. 1/2 Pfd. Inhalt, 22 Pf. Kompottschalen, gerippt, 8, 15, 18, 30 Pf.

Kuchenteller mit Henkel, bemalt 40 Pf. Milchtöpfe, klein, bemalt 9 Pf., gross, mit Amoretten 22 Pf. Tassen, Birnenform, weiss 18 Pf. Leuchter, weiss 15 Pf. Butterbroteller 10 Pf.

Steingut

Brodplatten, rund, weiss, 15 Pf. Milchtöpfe, bunt, 20 Pf. Nöpfe, rund, weiss 18 Pf.

Kaffeetöpfe, rosa 8 Pf. Teller, gerippt, flach und tief 7 Pf.

Waschservices, einfarbig 1,80 u. 2,50, bunt 3,75 u. 4,50 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Für 5 Mark. Tägliche Verkauf von frisch gef. Fleisch. Man überzeuge sich im Riesenstofflager. Sein Laden, Kranienstr. 14 I.

Tägliche Verkauf von frisch gef. Fleisch. Verwaltung der Kochanstalt Stadt. Schlachthof. Trauring verlor. Nährsalz für Säuglinge.

Aluminium-Gebisse. Guten Verdienst. Bahn-Atelier.

Aluminium-Gebisse. Guten Verdienst. Bahn-Atelier.

Bahn-Atelier. Künft. Bahne in tadelloser Ausführung.

2. Ziehung d. I. Klasse 197. Reg. Preuss. Lotterie.

505 47 112088 477 801 (150) 024 58 111148 316 491 505 47 112088 477 801 (150) 024 58 111148 316 491...

2. Ziehung d. I. Klasse 197. Reg. Preuss. Lotterie.

505 47 112088 477 801 (150) 024 58 111148 316 491 505 47 112088 477 801 (150) 024 58 111148 316 491...

2. Ziehung d. I. Klasse 197. Reg. Preuss. Lotterie.

505 47 112088 477 801 (150) 024 58 111148 316 491 505 47 112088 477 801 (150) 024 58 111148 316 491...

2. Ziehung d. I. Klasse 197. Reg. Preuss. Lotterie.

505 47 112088 477 801 (150) 024 58 111148 316 491 505 47 112088 477 801 (150) 024 58 111148 316 491...